

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/010

Chronik: Januar 1994 bis zum 31. Mai 1994

1994

Achtung ist mehr als Beachtung. Ansehen mehr als Ruf. Ehre mehr als Ruhm. <i>Nicolas de Chamfort, eigentlich Sebastien Roch (1741-1794, französischer Schriftsteller)</i>
--

Januar 1994

BRD: Der deutsche Moralthologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Januar 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 (x853/...): >>Der Todesschlaf Europas

"Europa" ist - ohne große Überlegung - positiv besetzt. Wer ist nicht dafür? Dagegen zu sein, erscheint "unmöglich". Aber was ist Europa, woher kommt es? Was ist aus ihm geworden? Was kann, was sollte es (wieder) sein oder werden?

Auf solche naheliegenden Fragen bekommt man - wenn überhaupt - die allerunterschiedlichsten Antworten. Offenbar fehlen sowohl geschichtliche Kenntnisse und von geistigen Gehalten genährtes Interesse und Erinnern wie auch konzeptionelle Vorstellungen und Bewertungsmaßstäbe. Schön frei reisen und "multikulturell" herumschnuppern und abschmecken, scheint doch ziemlich oberflächlich.

Nachdem der Kriegstreiber Roosevelt und der imperialistische Churchill sich Stalin zum Bundesgenossen nahmen, erlaubten sie ihm, sein kolossales Zwangs- und Blut-Imperium bis ins Herz Deutschlands und Europas auszudehnen, mit den hohlen Phrasen der Atlantik-Charta und der heuchlerischen Kreuzzugs-Propaganda im Rücken. Teheran, Jalta, Potsdam waren Verrat an Europa.

Der "kalte Krieg" bescherte, begünstigt durch die Interessen der Großen, befördert durch das Interesse der ehemaligen Komplizen am Niederhalten von Wahrheit, Recht und geistigem Abwehrwillen, jenen Todesschlaf Europas, der noch anhält und der in so makabrem Gegensatz steht zu den völlig geschichtsvergessen "Europa" genießenden Touristen.

Seit der 68er Kulturrevolution hat sich insbesondere die Jugend für den "Osten" - wozu für sie auch der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands zählte - kaum interessiert - viel mehr für Rot-Vietnam, Rot-China, Persien, Guatemala, Chile, Südafrika. Auch für viele katholische Abendländer schlug das Herz im "Westen". Die später einsetzende würdelose, rechtsenthobene, Deutschland, Europa und die Völker Mittel- und Osteuropas verratende, konspirative Metho-

den (Wehner, Bahr, Brandt) nicht scheuende Verzichts- und sog. Entspannungspolitik tat ein übriges.

"Todesschlaf" kennzeichnet den Zustand. Man könnte auch sagen: geistige Absenz (Abwesenheit) mit gebrochenem Rückgrat (das meint u.a. den anerkannten Bruch und dann den Verzicht auf das Natur- und Völkerrecht als des Fundaments Europas).

Auch ideologische Vergiftung wäre eine treffende Charakterisierung, hatte sie doch jene geistig-ethische Lähmung zur Folge, für die grenzenloser Pragmatismus (z. B. in den makabren Ost-Verträgen, auch noch im Einigungsvertrag), ein abwärts vorauseilender Gehorsam gegenüber dem Zeitgeist, sowie eine Pervertierung von Recht und Sitte zur totalen Libertinage (Gottlosigkeit) unter dem Flitterkleidchen der "Selbstverwirklichung" kennzeichnend sind. Ein mit wirren, illusionär-utopischen oder niedrigrangigen Wunsch-Träumen parasitär durchwirkter und gefährlicher Schlaf zum Tode.

Prof. Dr. Dr. Ivo Höllhuber (Innsbruck) schreibt:

"Wir haben in diesem Werke ("Der Todesschlaf Europas") und auch anderen Ortes darauf hingewiesen, daß Europa letzten Endes eine reale Idee ist und nicht erst durch den Zusammenschluß fragwürdiger Staatsverträge errichtet werden muß, sondern bereits besteht und solange, jedoch nur solange fortbestehen wird, als die Grundlage seiner Einheit, die sich auf durch demokratische Mehrheitsbeschlüsse nicht abänderbare Prinzipien objektiven Normencharakters stützt, weiter voll und bedingungslos anerkannt werden; es wird geographisch somit stets soweit reichen, als es von Völkern besiedelt ist, die diese Prinzipien respektieren wollen und respektieren können. Der Weckruf aus dem weltanschaulichen und sittlichen Schlummer steht an erster Stelle.

... Solange nicht die weltanschauliche und sittliche Rückkehr zu den Grundlagen europäischer Kultur mit der Anerkennung naturrechtlich verwurzelter objektiver Wahrheiten und Werte vollzogen ist, wird Europa der Spielball des jeweiligen weltpolitischen Wellenschlages bleiben und die verzweifelten Anstrengungen einer pharisäischen Kulturpolitik vergeblich erscheinen lassen.

Zum politischen Erwachen ist nötig, die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, frei sowohl von politischem Chauvinismus als auch - und dies gilt vor allem für das deutsche Volk - von nationalem Masochismus, gründlich zu revidieren. Erst mit dem Falle des Dogmas von der Alleinschuld des deutschen zur "Verbrecher-Nation" gestempelten Volkes wird auch die künstliche Sandschicht ins Wanken kommen, auf der man vergeblich versuchte, in einem künstlich geteilten Herzen Europas eine zweifelhafte "Vierte Weltmacht" zu errichten. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 berichtet im Januar 1994 über das Buch "Stella" des US-Journalisten Peter Wyden (1923-1998) (x853/...): >>**Nebeneinander von Bosheit und Güte**

... Peter Wyden, früher Weidenreich, schrieb ein ungemein fesselndes Buch über seine ehemalige Klassenkameradin Stella Goldschlag, das durch seine Ehrlichkeit besticht. Stella ist Jüdin, obwohl sie "arisch" aussieht. Sie war so attraktiv, daß sie alle Jungen ihrer Schule in ihren Bann zog: "Sie war die Marilyn Monroe unserer Schule." Zugleich war sie intelligent und vielseitig begabt. Aber sie haßte es, Jüdin zu sein, und trug, für Juden ganz ungewöhnlich, ein goldenes Kreuz an ihrem Hals. Wie nicht wenige Juden, um nur Karl Marx zu nennen, wurde sie Antisemitin.

Stella genoß in der Weimarer Zeit die Annehmlichkeiten eines verwöhnten Einzelkindes. Mit der Machtergreifung der Nazis wurde das Leben für Juden mehr und mehr erschwert, bis es zum Pogrom vom 9. November 1938 und schließlich zur gezielten Massenvernichtung kam. Aber in den ersten Jahren der braunen Herrschaft war dies noch so wenig vorhersehbar, daß die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Juden sich der Hoffnung hingab, mit den Nazis sei ein modus vivendi (eine erträgliche Form des Zusammenlebens) möglich.

So kam es zu einer Zeit, da es nicht nur möglich, sondern seitens des Regimes durchaus erwünscht war, daß möglichst viele Juden Deutschland verließen, zwischen 1934-37 im Durchschnitt nur zu 20-25.000 Auswanderungen pro Jahr. Nur 27.000 Juden machten von den 130.000 Genehmigungen Gebrauch, in die USA auszuwandern. So versäumten es auch die Eltern Stellas, sich rechtzeitig um die Ausreise zu Verwandten in den Vereinigten Staaten zu bemühen. Als sich Stellas Vater schließlich doch zur Ausreise entschloß, war es zu spät.

- Im Juli 1938 fand in Evian die von Präsident Roosevelt einberufene internationale Konferenz zur Lösung der Flüchtlingsfrage statt. Obwohl die Lage der Juden inzwischen immer prekärer wurde, gaben die Delegierten lediglich wohlklingende Phrasen von sich. Kein einziges der 32 vertretenen Länder war bereit, Juden aufzunehmen.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt wußten die Nazis, daß es dem Ausland völlig gleichgültig war, wie sie mit ihren Juden verfahren. Churchill erklärte dem Danziger Gauleiter Forster in einem Gespräch im Juli 38, die antijüdischen Gesetze seien kein Hindernis für die deutsch-britische Verständigung. Die "humanitäre" Schweiz und England drangen bei der Reichsregierung darauf, dem Strom jüdischer Flüchtlinge in ihre Länder vorzubeugen.

Und es war kein perverser SS-Mann, sondern der Chef der Eidgenössischen Polizei, der den Vorschlag machte, die Ausweise der Juden durch ein großes rotes "J" zu kennzeichnen. Eine Denkschrift der französischen Regierung vom Oktober 1938 betonte, kein Staat "streite der deutschen Regierung das uneingeschränkte Recht ab, gegen bestimmte Staatsangehörige Maßnahmen zu ergreifen, die allein unter die Ausübung ihrer Souveränität fallen."

Präsident Roosevelt beschränkte schließlich die Zahl der jüdischen Immigranten derart drastisch, daß nur Prominente eine Chance hatten, in das gelobte Land der Freiheit zu kommen. Der Senat entrüstete sich über die "Verletzung der Einwanderungsbestimmungen."

- Ein Seitenblick auf die Gegenwart läßt diese Haltung in besonders grellem Licht erscheinen. Während das überbevölkerte Deutschland, in dem 223 Menschen auf einem qkm leben, über 6 Millionen Ausländer, Flüchtlinge und Asylanten aufgenommen hat, protestierte der Senat der Vereinigten Staaten gegen 1.000 jüdische Flüchtlinge, obwohl das Land überaus dünn besiedelt war.

Laut Großem Brockhaus lebten 1930 ganze 16 Menschen in den USA auf einem qkm. Die Roosevelt-Administration war allerdings bereit, ihre "Erschütterung" über das Los der deutschen Juden auszudrücken - so wie man heutzutage in "Betroffenheit" macht - jedoch nicht ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge zu öffnen oder später im Krieg die Vernichtungsstätten der Nazis zu bombardieren.

Im Oktober 1939 heiratete die neunzehnjährige Stella einen Gleichaltrigen, der gleich ihr blond und blauäugig war und seine jüdische Identität ebenfalls ablehnte. Beide wurden jetzt als jüdische "Rüstungsjuden" zur Fabrikarbeit eingezogen. Im Lauf der kommenden Monate verschärften sich die Maßnahmen gegen die Juden und ab Oktober 41 rollten die ersten Züge mit Deportierten Richtung Osten.

Die Gestapo hatte jüdische "Ordner" rekrutiert, die ihr beim Zusammentreiben der Juden helfen mußten. Wer sich weigerte oder Juden zur Flucht verhalf, wurde erschossen. Einige jüdische Funktionäre verweigerten die Mitwirkung zur Selbstvernichtung und begingen Selbstmord. Aber nicht wenige waren in die Verbrechen der Nazis verstrickt, um ihre eigene Haut zu retten.

Der jüdische Überlebende von Theresienstadt, H. G. Adler, schreibt in seiner Monographie "Theresienstadt": "Die Gemeinschaft der Juden war nicht schlimmer, aber auch nicht besser als (die) der sie umgebenden Welt." (S. 738)

Nach dem Krieg fragte man Überlebende der Shoah: "Wie konntet ihr euch dazu hergeben?" Selbst der berühmte Oberrabbiner Leo Baeck, das geistige Oberhaupt der deutschen Juden, hat sich bei der Deportation von der Gestapo einspannen lassen. Er erklärte nach der Befreiung:

"Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß es besser wäre, wenn sie (die jüdischen Funktionäre) es täten, weil sie zumindest freundlicher und hilfsbereiter sein würden als die Gestapo und die Schicksalsprüfung erleichtern würden. Es stand kaum in unserer Macht, uns den Befehlen erfolgreich zu widersetzen."

Die Tragödie dieses auch im Ausland hochgeschätzten jüdischen Gelehrten macht deutlich, wie unentrinnbar die Menschen der Diktatur der damaligen Machthaber ausgeliefert waren. Wenn von "den Deutschen" heroischer Widerstand gegen die Nazis gefordert wird, hätte man dies gewiß in erster Linie von denen erwarten dürfen, für die ohnehin der Tod vorgesehen war.

- Eines Tages wurde Stella verhaftet. Die Gestapo vermutete, daß sie das Versteck eines von ihr gesuchten Juden kenne, der zahlreiche Pässe und Personalausweise so gekonnt gefälscht hatte, daß er mit ihnen zahlreichen Juden das Entkommen ermöglichte. Stella wurde wochenlang auf das schwerste gefoltert. Schließlich gelang es der Gestapo, sie mit dem Versprechen "umzudrehen", sie selbst wie auch ihre Eltern würden von der Deportation ausgenommen, wenn sie sich bereit erkläre, versteckte Juden aufzuspüren.

Natürlich ist das Verhalten Stellas nicht zu billigen. Sie hat zahlreiche Juden ans Messer geliefert. Immerhin hat sie mildernde Umstände, denn wer der Gestapo in die Hände fiel und ihren "verschärften Verhören" unterworfen wurde, mußte schon weit übermenschliche Seelenstärke besitzen, wenn er nicht zu nahezu allem bereit war, um den fürchterlichen Torturen zu entgehen.

Schon der berühmte Hexenanwalt, Friedrich v. Spee, der die gefolterten "Hexen" zum Scheiterhaufen begleitete, gestand, er würde alles gestehen, um nur der Folter zu entgehen. Manche Scharfrichter hätten sich gerühmt "daß noch jeder Angeklagte unter seinen Händen schließlich habe reden müssen."

Aus den Prozessen gegen KZ-Schergen wird uns dasselbe berichtet. General v. Tresckow, einer der herausragenden Verschwörer des 20. Juli 1944, setzte nach dem Mißlingen des Attentats auf Hitler seinem Leben ein Ende, weil er befürchtete, unter der Folter Kameraden zu verraten. Der österreichische Außenminister Alois Mock sagte bei der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des "Anschlusses":

"Nur wer weiß, wie es sich in Diktaturen lebt, hat ein Recht, heute selbstgerecht Schuld zuzuweisen, wo etwas mehr Demut am Platz wäre."

- Stella wurde in den kommenden Monaten eine der erfolgreichsten "Greiferinnen". Bald war sie in Berlin mehr gefürchtet und verhaßt als die Gestapo, zumal sie viele Juden persönlich kannte und auch um ihre Gewohnheiten und Verstecke wußte. Dennoch konnte sie letzten Endes ihre Eltern nicht vor der Deportation bewahren, sondern nur ihr eigenes Leben retten. Nach dem Krieg mußte sie schwer büßen.

Ein russisches Gericht verurteilte sie zu 10 Jahren Zwangsarbeit. Nach der Entlassung kam sie vor ein deutsches Gericht, das nochmals 10 Jahre Haft verhängte, die dann aber durch die zehnjährige Zwangsarbeit als verbüßt galten. An ihrem Schicksal wird aber wieder einmal exemplarisch deutlich, daß man die Kleinen hängt, die Großen aber laufen läßt oder doch mit Samthandschuhen anfaßt.

- 1949 mußte sich der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Hitler, Ernst v. Weizsäcker, im Wilhelmstraßen-Prozeß verantworten. Der berüchtigte Eichmann, "Beauftragter für die Endlösung", fragte an, ob Bedenken gegen die Deportation von Juden aus Frankreich nach Auschwitz bestünden. Staatssekretär v. Weizsäcker gab grünes Licht und erhob keinen Einspruch. Dabei hätte er dies ohne jegliche Gefährdung der eigenen Person tun können. Der amerikanische Hauptankläger beantragte die Todesstrafe.

Von Weizsäcker wurde am 14. April 1949 zu lediglich 7 Jahren verurteilt - nach damaliger Rechtsprechung ein ungewöhnlich mildes Urteil. Im Dezember des gleichen Jahres wurde die

Strafe auf 5 Jahre reduziert, wobei die Verurteilung wegen "Verbrechens gegen die Menschlichkeit" ausdrücklich bestätigt wurde (Mitwirkung an Judendeportationen). Bereits am 16. Oktober 1950 wurde er aufgrund eines "Gnadenaktes" aus dem Zuchthaus entlassen.

Wydens Buch liefert einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Juden in der Zeit der Weimarer Republik und unter dem Terrorregime der Nazis. Es wird deutlich, daß die Gleichung: hier gute Juden, dort böse Nichtjuden nicht aufgeht. Ein Überlebender, der bis zum Ende eingesperrt war, erinnerte sich an Stella: "Sie ist eine tragische Figur. Sie dürfen nicht vergessen, in welcher Lage sie sich befand. Sie lebte auf Messers Schneide! Sie und ich würden genau dasselbe getan haben."

- Glücklicherweise gab es in der damaligen Zeit nicht wenige unbekannte Helden, die trotz persönlicher Gefährdung verfolgten Juden geholfen haben. Gerhard Löwenthal berichtet hierüber in seinem Buch "Ich bin geblieben".

Auch der einst so beliebte Hans Rosenthal erinnert sich in Dankbarkeit in "Zwei Leben in Deutschland" der Menschen, die mit ihm weder verwandt noch auch nur gute Bekannte, die einfach "gute und gerechte Menschen" waren.

Am intensivsten befaßte sich mit den Geschehnissen jener Zeit der jüdische Historiker und Theologe Pinchas E. Lapide in seinem Werk "Rom und die Juden". In einem Interview mit der "Welt" erklärte er am 25.3.86:

"Als Mitleid ein Verbrechen in Deutschland war und der Nächstenhaft zum Staatsgesetz erhoben wurde, gab es Tausende von Deutschen, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten. Wir waren Zeugen eines unglaublichen Nebeneinanders von teuflischer Bosheit und unglaublicher Güte.

Es ist an der Zeit, auch diese Helden endlich zu Wort kommen zu lassen, die das liefern können, was jede Jugend in allen Ländern und zu allen Zeiten will: Vorbilder zur Nachahmung und Leitbilder für eine bessere Zukunft."<<

25.02.1994

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 25. Februar 1994 über die bisher einzige gelungene Volksinitiative im Land Niedersachsen (x303/236): >>... Die erste Volksinitiative Niedersachsens ist erfolgreich.

Die Initiative für einen Gottesbezug in der Landesverfassung hat mehr als die gesetzlich erforderlichen 70.000 Unterschriften erhalten.

Die Initiative will die Verantwortung vor Gott und den Menschen als letzte Richtschnur und Bindung für alles staatliche Handeln in der Verfassungspräambel festschreiben.<<

23.04.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. April 1994 über den Abschied des BdV-Präsidenten Herbert Czaja (1914-1997): >>**Die Ostgrenzen will er nicht akzeptieren**

... Dem Bund der Vertriebenen (BdV) steht ein Richtungswechsel bevor. Nach 24jähriger Amtszeit als Präsident des Verbandes stellt sich Herbert Czaja, der sich stets rigoros gegen die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen ausgesprochen hat, heute bei der Bundesversammlung der Vertriebenen in Berlin nicht wieder zur Wahl. ...

... "Um Ungewißheiten der Zukunft des Verbandes entgegenzuwirken, habe ich bei der Wahl 1992 das Schiff noch nicht verlassen", sagte der Präsident rückblickend. Er habe befürchtet, daß sich der BdV zu einer "kulturellen Traditionsvereinigung" verändere und in der Deutschland- und Ostpolitik künftig keine eigenen Akzente mehr setze. Czaja, der immer eine fundamentalistische Politik betrieben hatte, akzeptierte es nicht, daß sich in den eigenen Reihen ein Lager bildete, das gewillt war, die politischen Realitäten anzuerkennen und von dieser Basis aus in die Zukunft zu schauen.

Von den Verträgen, die geschlossen worden sind, will der 79jährige am liebsten nichts hören.

"Der Grenzbestätigungsvertrag, der Nachbarschaftsvertrag mit Polen und der Zwei-plus-Vier-Vertrag sind staats- und völkerrechtlich nicht verbindlich." ... Der gebürtige Oberschlesier, der seit 1946 in Baden-Württemberg lebt und von 1953 bis 1990 dem Bundestag angehört hat, hält strikt an seinen Überzeugungen fest. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hält er "nicht für den Schlußpunkt der deutschen Geschichte".

Die Frage der Ostprovinzen sei durch die Einheit Deutschlands noch nicht geklärt. ... In der Grenzfrage, die seiner Meinung nach wie vor ungeklärt ist, setzt Czaja auf die Zeit. "Man kann der Geschichte nicht vorgreifen, aber es muß nicht immer so bleiben, daß dieses Land das kleinste Deutschland seit 1.000 Jahren bleibt. ..."

Die deutsche Einheit und die damit verbundenen Verträge haben unter den Vertriebenen für eine Auseinandersetzung über die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen gesorgt. Zugleich haben sie dem BdV einen gewissen Aufwind gegeben. Während in den alten Bundesländern die Mitgliederzahlen seit Jahren stagnieren, nahm der Verband um 200.000 Mitglieder aus den neuen Bundesländern zu, davon allein 100.000 aus Thüringen, wie BdV-Sprecher Walter Stratmann mitteilt. Er sorgt sich deshalb nicht, daß der BdV als Interessenvertreter der Vertriebenen eines Tages seine Funktion und Daseinsberechtigung verlieren könnte.

"Das Thema Vertreibung wurde 40 Jahre lang in der DDR totgeschwiegen, deshalb ist der Nachholbedarf bei vielen Betroffenen und Enkeln groß, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen." Interessiert seien, berichtet Stratmann, besonders junge Menschen, die auf der Suche nach den eigenen Wurzeln die neue politische Situation in den östlichen Nachbarstaaten nutzten, um die Heimat ihrer Eltern und Großeltern etwa in Schlesien oder Pommern zu besuchen.

... Der Verband, der sich nicht nur um die Vertriebenen und Aussiedler im Lande kümmert, will sich auch für Minderheitenrechte der Volksdeutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten stark machen. ... "Vordringlich ist es zur Zeit, den Minderheiten zu helfen - aber die Grenzfrage", betont Stratmann, "ist nach wie vor nicht vom Tisch."<<

30.05.1994

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (22/1994) berichtet am 30. Mai 1994 über den deutschen Historiker Ernst Nolte und die "Relativierung der Vergangenheit": >>**Der doppelte Außenseiter**

Daß die Leute an ihm nur das Negative wahrnehmen, bekümmert Ernst Nolte durchaus. So aufrecht, korrekt und scheinbar bieder präsentiert sich der 71jährige Professor in seinem ordentlichen Ferienhaus bei Lübeck, Mund und Blicke schmal und gerade, wie am Lineal gerichtet, die Hände disziplinierend zwischen die Beine geklemmt, daß man leicht dazu verführt werden könnte, diesen Kummer zu überschätzen.

Der hält sich aber in Grenzen. Denn wichtiger als ein positives Echo ist dem Historiker Beachtung schlechthin. Mag dieser Mann auch auf irreführende Weise so aussehen wie der stille Gelehrte, der er jetzt, nach seiner Emeritierung, sein könnte - das ist aus Gewohnheit gewachsene Tarnung.

Ernst Nolte ist ein eifernder Kämpfer. Effektgierige Blicke und eine aggressive Attitüde triumphierender Bescheidenheit zeigen ihn schnell als einen Mann, der ein Heldenleben führt an der historischen Front.

Tatsächlich hat sich Ernst Nolte, je älter er wurde, desto stürmischer, einen Namen gemacht als Zeithistoriker, der offenbar von dem provozierenden Drang getrieben wird, Adolf Hitler und den Nationalsozialismus "verstehbar" zu machen in ihrer verkannten "Größe" und "Tragik" und in ihrer historischen Berechtigung als präventive Reaktion auf Stalins "asiatischen" Bolschewismus. Auschwitz mag "schlimmer" gewesen sein, der Gulag aber war "ursprünglicher". Ein "kausaler Nexus" lasse sich "schlechterdings nicht bestreiten".

Polemisch zugespitzte Thesen dieser Art, an denen sich 1986 der Historikerstreit um die Ein-

zigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung entzündete, produziert der rüstige Ruheständler inzwischen mit einem eitlen Kalkül, das sich öffentlicher Empörung traumwandlerisch sicher weiß.

Die Aufregung, die seine Beiträge auslösen, erlebt der Professor als "adäquat". Ihn verwundert es kaum, daß die Resonanz immer rabiater ausfällt. Mögen Gegner seinen Wagen anzünden, mögen "Gruppen selbsternannter Antifaschisten" ihn mit Reizgas besprühen und an Vorträgen hindern; mag ihn sogar, nach einem Fernsehauftritt von monströser Gefühllosigkeit, sein eigener Sohn protestierend anrufen - Ernst Noltes dogmatischer Panzer ist robust.

Der Haß der Gegner "erreicht mich innerlich nicht". Das Erschrecken der anderen "berührt mich nicht". Den Vorwurf der "Herzlosigkeit" empfindet er als terminologisch verfehlt: "Herzlosigkeit ist kennzeichnend für den wissenschaftlichen Diskurs." Begegnet er "diesem ergriffenen Tremolo" in deutschen Stimmen nicht immer nur bei der Erwähnung von Auschwitz? Was ist mit den Opfern Stalins? "Herz-Einseitigkeit" macht er bei denen aus, die ihm "Herzlosigkeit" vorwerfen.

Dagegen begehrt er auf - eisig. Ernst Nolte, "ein denkender Historiker", hat eine Sendung zu erfüllen. Er kann die Wahrheit nur als Ganzes sehen, muß Zusammenhänge ausweisen, Vergleiche vornehmen, heikle Themen behandeln. Könnte denn, wer sich mit diesem Anspruch der deutschen Vergangenheit zuwendet, dem öffentlichen Streit ausweichen, selbst wenn er wollte?

Ernst Nolte fragt das so unneugierig, als wolle er bloß seinem inneren Computer eine Vorzeige-Antwort entlocken: "Notwendigerweise nein", kommt denn auch prompt die Antwort. Monoton variiert er: "Ich sage, der Streit ist unvermeidlich."

Unbewegt sitzt Ernst Nolte da, ein grimmer Greis. Anders als in absichtsvoll ausgewählten Gruppen, wie etwa unlängst bei Erich Böhmes "Talk im Turm" in Sat 1, wo er - wie er genau weiß - im Gespräch über "Schindlers Liste" isoliert werden sollte, empfindet Ernst Nolte in Zweiergesprächen keine Feindseligkeit.

Er doziert. Schnell verfällt er dem Sog seiner eigenen, in sich geschlossenen Redeweise, die Einspruch nicht ermutigt und Emotionen eintrocknet. Ein intelligenter Mann, kenntnisreich und gebildet. Kritische Zuhörer müssen schon viel Beherrschung aufbringen, um nicht unwillkürlich auch noch zu nicken zu seinen geschichtsphilosophischen Verstiegenheiten, die zwingend klingen in ihrer abstrakten Logik. Doch sind die Sätze zwanghaft von Wirklichkeits- und Gefühlsresten gesäubert. Klinische Semantik.

Und dennoch - die Anstrengung wird spürbar, mit der Ernst Nolte sich auf intellektuellem Abstand zum Thema hält. Spannung vibriert im Unterton. Wie sollte es auch anders sein? "Daß der Nationalsozialismus auf überaus starken Emotionen beruhte", gehört zu Noltes "grundlegenden Annahmen". Und er ist auch überzeugt, "daß diese Emotionen überwiegend einen negativen und abwehrenden Charakter hatten".

Trifft das denn nicht auch auf ihn zu - den deutschen Zeitgenossen, der 10 Jahre alt war, als die Nazis zur Macht kamen, und über 20, als ihre Führer sich umbrachten oder gehenkt wurden? "Daß bestimmte Erfahrungen für diese Emotionen maßgebend und daß alle 'weltanschaulichen' Aussagen mit diesen Erfahrungen und Emotionen aufs engste verknüpft waren", muß ja ebenso für philosophierende Historiker gelten.

Tatsächlich räumt der Sohn eines katholischen Volksschullehrers aus Hattingen an der Ruhr "eine zwar unabenteuerliche, aber dennoch ungewöhnliche Lebensgeschichte" ein. Ein bißchen resigniert und ein wenig verschämt ringt sich Ernst Nolte den Satz ab: "Ich bin vom Kriege unberührt."

Auf knapp zwei von Tausenden Buchseiten - in "Streitpunkte", veröffentlicht 1993 - in seinen dickleibigen Werken läßt sich Ernst Nolte über seine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse während der Nazizeit aus. Seine ganz offenkundig als Kränkung, wenn nicht gar als Demü-

tigung empfundene Zurückstellung vom soldatischen Dienst begründet er im Text mit einem geheimniskrämerischen Hinweis: "Ein zufälliger Umstand physischer Art" habe ihm die Kriegsteilnahme erspart.

Im Gespräch kommt Ernst Nolte der Nachfrage zuvor. Mit fast verächtlicher Gebärde hält er dem Besucher seine linke Hand unter die Augen, an der die drei mittleren Finger verstümmelt sind. "Hier: ein Geburtsfehler. Ich war AV-Mann - arbeitsverwendungsfähig." Seinen Schimpf erhält diese Nazi-Kategorisierung aus ihrem Gegensatz zu kv - "kriegsverwendungsfähig".

Kv waren Noltés Mitschüler, "von denen viele bei Stalingrad und anderswo fielen, während ich studieren konnte. Das hat mir immer auf dem Gewissen gelegen". Ernst Noltés Stimme zittert, während er redet. Als er später auf den Tod seines jüngeren Bruders zu sprechen kommt, der 1944 als 17jähriger gefallen ist, ersticken ihm Tränen die Rede.

Plötzlich bleibt nichts mehr von der hochfahrenden Rechthaberei seiner wissenschaftlichen Diktion. Nolte klammert sich an seine im Buchtext vorformulierten kargen Selbstaussagen wie an Rettungsringe. Darin tut er so, als habe er sich in einem heldenhaften Entscheidungsprozeß zu der Erkenntnis durchgerungen, daß eine "konstitutionelle Unvereinbarkeit" zwischen den jungen Männern der Nazi-Bewegung und ihm bestehe. Hier die Jugend des "Führers", die er mit dessen Propaganda-Spruch vorstellt: "Flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl". Dort er, "eine, wie man damals sagte, künftige Intelligenzbestie".

In Wahrheit aber hat sich der junge Katholik Ernst Nolte nicht einmal verstecken können vor den Herrenmenschen der HJ, denn seinem Vater war vom Vorgesetzten "nahegelegt" worden, den Sohn zu den Pimpfen zu schicken. Nolte: "Ich mußte ins Jungvolk und in die HJ, ich war aber immer nur ein sehr einfaches Mitglied." Vor allem war der körperlich behinderte Knabe wohl nie ein vollwertiges Mitglied - am wenigsten vor sich selbst.

Die ambivalente Gefühlswelt jener Jugendjahre liegt plötzlich bloß. Unter der glatten philosophischen Sprache pulsiert bis heute ein kindlicher Emotionsbiotop aus Scham und Schmach, Wut und Ohnmacht. Der damalige Triumph des Überlebens und die haßerfüllte Selbstverachtung, der Drang, es trotz allem allen zu zeigen, brechen fast ungefiltert hervor, wenn der alte Mann aus dieser Zeit erzählt.

So gerät er unvermittelt ins Schwärmen über Geländespiele, während er über das Erbe der HJ aus der Jugendbewegung belehrt. Mit bitterer Selbstironie beschreibt er sich im Jargon des Marburger Psychologen Erich Jaensch als "Gegentyp" zu den nordischen Recken der Nazis, "ein dürftiges Bürschlein mit eingesunkener Brust und Brille auf der Nase".

Im schroffen Wechsel zwischen Stolz und Selbstverhöhnung schwankt Noltés Ton, wenn er aus seiner Freiburger Studentenzeit erzählt: etwa, daß er 1944 im Seminar Martin Heideggers "der nahezu einzige männliche Student" gewesen sei. Oder wie er sich - unter Berufung auf sein Examen und auf ausgebombte Eltern - in den letzten Kriegswochen auch noch erfolgreich um die Einberufung zum Volkssturm drückte. War das pffiffig? War das feige?

Nichts spricht dafür, daß der Historiker sich ein halbes Jahrhundert später mit seiner persönlichen Vergangenheit versöhnt hat. Statt dessen umkreist er unermüdlich - in philosophischer Höhenlage zwar, aber immer an der Schmerzgrenze entlang - die Katastrophen und das Scheitern seiner jungen Jahre. Verbissen läßt er die nicht vergangene persönliche Geschichte "in wissenschaftlichem Geist" wieder aufleben - mit dem herausfordernd vorgetragenen Ziel, die Vergangenheit endlich vergehen zu lassen.

Sind Noltés zeithistorische Arbeiten also eine Art Buß-Ritual? Nolte bietet diese Erklärung an. Die "Last" der Bevorzugung, die ihn gegenüber den Gefallenen seiner Generation drückt, "war nicht dadurch abzuwerfen, daß ich mir den Haß oder den Stolz der wirklich Betroffenen zu eigen zu machen versuchte, sondern, daß ich der nächsten Ursache der Katastrophe, dem Nationalsozialismus, zwar in Abneigung, aber ohne Haß gegenübertrat".

So, sagt Ernst Nolte, sei seine "wissenschaftliche Haltung" gegenüber dem Faschismus ent-

standen. Von seiner Zeitzeugen-Rolle bis zum höheren Auftrag ist es dann nur noch ein Schritt. Hatte ihn nicht der Chef des Freiburger Wehrmeldeamtes 1945 vom Volkssturm freigestellt mit den Worten: "Es müssen ja auch ein paar intelligente Leute übrigbleiben"? War nicht sein geliebter Bruder, kurz vor dem Tod, mit den tröstenden Worten von der Mutter gegangen: "Hauptsache, Ernst bleibt über, von dem ist noch viel zu erwarten"?

So - "als Zivilist unter lauter Soldaten" - scheidet Ernst Nolte aus Hitlers Deutschem Reich. Ein Fremdling, ein Auserwählter. Und ebenso einzelgängerisch gestaltet sich später sein Einstieg in die Universitätslaufbahn der Bundesrepublik. Nolte: "Ich bin von Anfang an in der Zunft ein Außenseiter gewesen."

Auf Vorschlag des Historikers Theodor Schieder wird der Bad Godesberger Gymnasiallehrer 1964 an die Universität Köln berufen, damals eine akademische Sensation. Denn nicht nur ist Nolte ein reiner Zeitgeschichtler, dem der Nachweis erlassen wird, ob er sich wohl auch im 16. Jahrhundert auskennt. Er schreibt auch nicht eigens eine Habilitationsschrift, sondern er legt ein schon gedrucktes Buch vor, das von der Öffentlichkeit mit Respekt aufgenommen worden ist: "Der Faschismus in seiner Epoche".

Doch die Genugtuung, die Ernst Nolte bei der Schilderung seiner akademischen Karriere unverhüllt zur Schau stellt, birgt schmerzhaftes Enttäuschungen. Nicht, daß seine Laufbahn fortan ungewöhnlich gewesen wäre: Nach seiner Berufung zum ordentlichen Professor in Marburg (1965) ist er von 1973 bis zu seiner Emeritierung 1991 Ordinarius für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin gewesen.

Dennoch werden Vorbehalte spürbar. Empfindet der intellektuelle Perfektionist Nolte seine mangelnde formale Hochschulqualifikation trotz allem noch als Makel? Hat er nicht verwunden, daß eine ihm von Martin Heidegger versprochene Dissertation nicht zustande kam?

Nolte, der im Februar 1945 sein Studium nach sieben Semestern mit einem Not-Examen im Freiburger Bombenkeller abschließt, findet im Schuldienst Anstellung. Die Universität bleibt ihm versperrt, "weil man zu Beginn der fünfziger Jahre nicht Professor werden wollen konnte in Deutschland, man mußte von einem Professor aufgefordert werden". Doch schon 1950 scheidet er abrupt aus der Gymnasiallaufbahn aus. Denn aus Freiburg meldet sich Martin Heidegger: "Ich bin wieder da."

Bis 1952 hört Nolte den verehrten Philosophen, dem er sich schon 1944 "nähergekommen" glaubt, ohne indes bei ihm zu promovieren. Heidegger, damals schon Emeritus, nimmt keine Promotionen mehr an - "eine Enttäuschung" für Nolte bis heute, selbst wenn er sich zu überzeugen versucht, daß diese Entscheidung auf einer "allgemeinen Maxime" Heideggers beruht habe und nicht gegen seine Person gerichtet gewesen sei.

Statt des Meisters betreut Eugen Fink Noltes Dissertation "Selbstentfremdung und Dialektik im Deutschen Idealismus und bei Marx". Anschließend wird der junge Mann wieder Lehrer.

So hat sich sein Lebensmuster verfestigt: Durchhalten gegen fast unüberwindliche Widerstände, Dasein unter dem Dauerjoch der vorzeigbaren Leistung, Einzelgängertum. Ernst Nolte, der sich als "doppelter Außenseiter" erlebt, hat mittlerweile der Welt seine Bedeutung bewiesen. Sich selbst aber muß er stets aufs neue überzeugen.

So hat Ernst Nolte den Sonderweg, den ihm das Leben aufnötigte, diese Mischung aus Defekten und Begabungen, Zuverlässigkeiten und Zufällen, zur Erfolgslaufbahn ausgebaut. Er hält auf seinen Einzelgängerruf, genießt es, etwa vom Kollegen Walter Laqueur, als "einsamer Wolf" gefeiert zu werden.

Einordnungen widersetzt er sich. "Ich bin heute kein Rechtsintellektueller", hat er unlängst in einer Polemik gegen Ignatz Bubis behauptet, der ihn beschuldigt hatte, Auschwitz zu relativieren und durch den Historikerstreit das gegenwärtige Hetzklima gegen Ausländer und Juden mit vorbereitet zu haben. Ist er nicht - höhnt Nolte dagegen - auch schon einmal als "Wegbereiter" der Linksintellektuellen betrachtet worden? Tatsächlich galt sein Buch "Der Faschis-

mus in seiner Epoche" auch und gerade bei neomarxistischen Faschismusforschern als Standardwerk.

Ernst Nolte hat sich aber schon damals gesträubt, einer Strömung oder Richtung zugerechnet zu werden. Mit den 68ern, von denen ihn manche zunächst als einen ihrer Apostel betrachteten, bricht er früh. Er weigert sich 1967, eine Protestschrift gegen die Erschießung des Berliner Studenten Benno Ohnesorg zu unterschreiben. 1973 und 1974 wird seine Vorlesung an der Freien Universität boykottiert. Zwei Semester lang liest Nolte in Berlin vor leeren Bänken. Zugleich verdirbt er es sich aber auch mit den Amerikanern, deren Fachkollegenschaft er die harschen Verrisse seines Werkes "Deutschland und der Kalte Krieg" verübelt.

Inzwischen haben Ernst Nolte feuilletonistische Hahnenkämpfe, selbstgefällige Rechthabereien und verantwortungslose Provokationen - Ignatz Bubis nennt er, ganz im Stile des Republikaner-Chefs Franz Schönhuber, einen "Wegbereiter ... der Zerstörung der geistigen Freiheit in Deutschland" - nicht nur vom Gros seiner Fachkollegen isoliert. Sogar seine jungrechten Bewunderer im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen gehen auf Distanz.

Plötzlich werden nicht mehr nur seine Thesen beachtet, sondern auch die Person gerät in den Blick, nicht ohne Grund. Zuspitzungen und Eigenwilligkeiten, die Ernst Nolte gern als wissenschaftliche Postulate zu tarnen pflegt - als "Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens" etwa -, verrutschen ihm immer häufiger zu verschrobeneren Obsessionen. "Er tanzt nicht ohne Koketterie am Rande des intellektuellen Abgrunds", warnt sein Historiker-Kollege Imanuel Geiss.

Einem wie Ernst Nolte fehlt es natürlich nicht an großen Posen, um solche Warnungen zu relativieren, die auch aus dem Kreis seiner Freunde kommen. "Wahrheiten willentlich auszuspargen mag moralische Gründe haben", hat er schon in der Rede gesagt, die er 1986 in Frankfurt bei den Römerberg-Gesprächen halten wollte und nicht durfte und die dann den Historikerstreit auslöste, "aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft." In dieser Haltung ist Nolte seither noch schroffer geworden, hochfahrend und höhnisch.

Daß er "wie jeder anständige Mensch" Verbrechen verabscheut wie die von Mölln oder Magdeburg - muß er das wirklich sagen? "Vor Ausbeutung durch Idioten ist niemand sicher." Aber "radikale Gedanken" zu unterdrücken, nur weil sie "volkspädagogisch gefährlich" sein könnten, das kann nun wirklich niemand von Ernst Nolte erwarten.

Fühlt er sich in Deutschland überhaupt noch zu Hause? Da kokettiert er mit seinem nach Frankreich orientierten Vorbild Heidegger, wenn er sagt: "Geistig nicht, geistig bin ich schon 1986 nach Italien ausgewandert." Das ist natürlich ironisch zu verstehen, wenigstens halb. Wahr sei aber: "Die Italiener sind immer fair zu mir gewesen."

Nicht nur sind Noltens einfühlsame Faschismustheorien in Rom inzwischen wieder regierungsfähig. Hier stieß auch - während einer Urlaubsreise - der Studienrat Nolte 1959 auf ein philosophisches Jugendwerk Benito Mussolinis, das sich mit Marx und Nietzsche befaßte. Das elektrisierte ihn, legte Brüderschaft im Geiste nahe. "Donnerwetter", habe er gedacht, sagt Ernst Nolte, der oft "Donnerwetter" denkt: "Ein Politiker, der sich mit denselben Denkern beschäftigt wie du." Weil Mussolini zuerst Marxist war und dann Faschist wurde, habe er ihn schon früher für "die interessanteste Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts gehalten". Das sei der Ausgangspunkt gewesen für sein erstes Faschismus-Buch.

Ein knappes Dutzend Bücher und drei Dutzend Jahre später kann niemand mehr sicher sagen, wohin ihn sein Denken geführt hat. Längst ist es nicht mehr nur die Sprache, die sich bei der "Ausschau nach dem Ganzen" in scholastischer Begriffshuberei auflöst. Auch der Standort des Historikers, seine ethischen und humanen Maßstäbe, scheinen verwischt bei den zwingenden Anstrengungen, "die Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar zu machen".

Die Bilder des Films "Schindlers Liste" hätten ihn schon deshalb wenig beeindruckt, sagt

Ernst Nolte, weil er ja aus den Akten weiß, daß alles noch viel schlimmer war. Das leugnet er nicht. Er "versteht" es. Rechtfertigt er es auch? Verzeiht er es?

Eher hat es den Anschein, als bemühe sich der deutsche Historiker Ernst Nolte darum, die realen Greuelthaten der Nazis - ganz so wie die eigenen Erfahrungen von Schuld, Ohnmacht und Scheitern - zu entwirklichen, um sie aufgehen zu lassen in philosophischen Welt-Bürgerkriegs-Theorien.

Daß bei diesem gigantischen Ringen zwischen den Ideologien seit 1917 am Ende die westlichen Demokratien gesiegt haben, enthält der Historiker allerdings seinen Lesern vor. Auch hat sich Noltes Nationalsozialismus auf wundersame Weise aus fast allen deutschen Traditionen und konkreten Bezügen verflüchtigt. Als wäre Auschwitz nur eine symbolische Chiffre.

In Auschwitz ist der Historiker Ernst Nolte nie gewesen. Im vergangenen Dezember hatte er fest vor, dorthin zu fahren. Er wollte einen Vortrag halten. Aber dem denkenden Historiker blieb auch diesmal die Konfrontation mit der Wirklichkeit erspart: "Ich bekam eine Magenblutung." <<

Mai 1994

BRD: Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtet im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 (x853/...): >>Europa – "das gemeinsame Haus"?

... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:

"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expresß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasieland."

Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.

Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expresß ohne Wiederkehr in die Heimat.

Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.

Da die Zeit drängt und der Expresß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden.

Die Werbe-Slogans für das "Phalansterium Euro 2000" (Phalanstere, frz.: ist die Produktiv- und Konsumgenossenschaft und zugleich Lebensgemeinschaft der Frühsozialisten), von verschleiernder Lyrik befreit, lauten etwa wie folgt: ...

1. Europa wird "christlich" sein?

Die Devise "Europa - christlich", die von den ersten drei Baumeistern (K. Adenauer, A. de Gasperi, R. Schuman) in den Umlauf gebracht wurde, wird an den Meinungsbörsen der Me-

tropen nur noch lustlos gehandelt, dementsprechend niedrig ist ihr Kurs. ...

Eine Weltreligion soll es werden, die den Weltfrieden garantiert. Plakative Werbung unterscheidet allerdings oft nicht, ob die Trommel für die "Stadt Gottes" oder die "City of Man", für die "Stadt Babylon" oder das "Neue Jerusalem" gerührt wird. ...

- Der Euro-Staat in Errichtung hat bisher weder eine Verfassung mit Menschen-, Grund- und Bürgerrechten noch eine Verfassungsgebende Versammlung der besten Fachleute Europas.

Auch der Maastrichter Vertrag enthält in Art. B (Ziele der Union) keine ideellen, kulturellen oder religiösen Ziele.

- Das "Gemeinsame Haus Europa" - Haus ohne Hausordnung - ist nicht auf christlichem Fundament errichtet, ein Super-Staat ohne Verfassung ist ein monströses Konstrukt ...

2. Europa wird "multikulturell-multinational" sein

... Ob man sie kauft oder anbietet, sie ist da, die gemischte Gesellschaft. Auch der multinationalisierte Staat ist Realität. Die sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft macht Ausländer zu Inländern. Seit 1993 leben 7 Mio. Nicht-Deutsche unter 80 Mio. Deutschen und verlangen/erhalten Gruppen-Rechte von ihren Gastgebern (Art. 20b GG, neu), die den Deutschen jegliche Integrationsanstrengungen untersagt.

- Menschen aus 60 (!) Nationen/Kulturen werden in deutschen Haftanstalten "resozialisiert", bevor sie sozialisiert werden konnten. Wer nach Dunkelziffern fragt, ist unhöflich, wer die Vermutung artikuliert, neben den 7 Mio. registrierten könnten noch weitere 7 bis 10 Mio. Ausländer "illegal" bei uns eingewandert sein, wird kurzerhand der "ausländerfeindlichen Gesinnung" verdächtigt und ausgegrenzt. "Überfremdung" war das "Unwort", das negativste, unaussprechlichste Wort des Jahres 1993.

Wo beginnt Überfremdung, bei 7 %, bei 21 %, bei?

- Den einen bedeutet "Multikultur" soviel wie Öffnung, Weite, Modernität, wie gegenseitige Bereicherung durch Austausch von Folklore, Backrezepten, Moden und Lebensformen, wie schieblich-friedliches Zusammenleben auf den Etagen und Korridoren des "Gemeinsamen Hauses", jeder nach seiner Fassung, aber in unlimitierter Toleranz und Solidarität gegenüber den Mitmenschen (H. Geißler, D. Oberndörfer, R. Scholz/CDU, P. Glotz/SPD, J. Fischer, D. Cohn-Bendit/Grün-Alt., J. Trittin/ehem. KBW).

- Für Informierte und Wissende hingegen ist "Multikulti" der Code für Auflockerung, Vermischung, Integration der Religionen, Weltanschauungen, Lebenswelten, der Sprachen, Bewußtseinsinhalte, Wertmaßstäbe.

So erklärt z.B. der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels György Konrad am 13.10.1991 selbstgewiß:

"Der Nationalismus, aggressiv von Grund auf, ist eine Ideologie des Hasses und eine Europäische Krankheit. Der Nationalismus hindert die Menschen Europas, Europäer zu werden. Das Zusammenwachsen zu einer europäischen Nation unter einem Weltrecht, muß das Ziel der gegenwärtigen Nationen sein. Das Europa von Morgen ist nur als eine multikulturelle, multinationale Einheitskonstruktion (!) vorstellbar".

Dieser Appell ist an die Menschen in Deutschland und Europa gerichtet: das Zusammenwachsen muß durch Einheitskonstrukteure beschleunigt und befestigt werden. G. Konrad scheint fest überzeugt, daß seine private Nationalismus-Theorie keine Ideologie und frei ist von Haß. Gegenwärtig können die Nationen Europas ihre Ziele noch selbst bestimmen.

Walther Leisler Kiep/CDU hält mit G. Konrad jedes Europa für "illusorisch", das an der Oder-Neiße-Grenze endet, das nicht alle Kulturen und Nationen zwischen Atlantik und Ural/Pazifik einbezieht und "integriert", ob sie wollen oder nicht. Was nicht zusammenwächst, wird zusammengeschmiedet mit Hilfe des Weltrechts und des ECU.

Bedenkenträger gegen diesen Kulturimperialismus/Internationalismus halten "Multikultur" für eine Absage an die christliche Kultur, an die gemeinsame Kultur Alt-Europas (Jerusalem -

Athen - Rom). Lebenswelten, Lebensziele, Lebensführung sind eben kulturabhängig, und zwischen der Kultur der Briten, Franzosen, Italiener und Deutschen bestehen gewisse qualitative Unterschiede zu der der Kosovo-Albaner, Azeris, Tschetschenen, Muslime. Die Überformung und Einebnung dieser Unterschiede führt zum Kulturverfall, nicht zu einer neuen, integriert-angereicherten Kultur.

- R. Baader ("Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt"), der die lebendige Alltagssprache liebt und vor Verschleierungsdeutsch warnt, sieht in "Multikultur" ein "sozialistisches Zersetzungsinstrument, mit welchem das nihilistisch-emanzipatorische Polit-Gesindel des Westens die europäischen Kulturen je einzeln - und somit auch die "Europäische Kulturnation" als Gesamtheit - auflösen und politisch 'entsorgen' will". (Baader, S. 22). "Multikultur" gefährdet die Offene Gesellschaft, ist "Sprengsatz" für die politische Union Europas (Baader, S. 25).

- Nach B. Bandulet ("Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform") kommt unausweichlich mit der "Multikultur", mit dem "Haus der offenen Tür", mit der Ent-Grenzung des Staates die Multikriminalität, die Explosion der Gewalt, das faktische Zurückweichen des Rechts vor der Gewalt, die Re-Barbarisierung der Gesellschaft ins Gespräch.

- J. Rothkranz ("Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa") hält "Multikultur" für ein Instrument zur Auswechslung des "Volkes" - die rassistisch-völkisch-nationale Uniformierung des "Volkes" Pan-Europas (Rothkranz, S. 553/55) stehe auf dem Programm der Bauherren eines konstruktivistischen Europas. Dieses Programm sei in der Charta von Paris für ein neues Europa am 21.1.1990 festgeschrieben. Dabei geht es weniger um das Zusammenwachsen als um das Zusammenschmieden der 12/16 Nationen unter einem "Europa-Recht".

- Vor dieser Illusion und Ideologie "Multikulturalismus" glaubt auch Bassam B. Tibi, Göttingen die Europäer und Deutschen warnen zu müssen: Multikultur bedeute "Abschied Deutschlands von der europäischen Zivilisation" und Verlust der "kulturellen Identität" der Deutschen. (FAZ, 11.1.1994)

- In ähnlich eindeutiger Weise äußert sich auch die Tageszeitung "Israel-Nachrichten", Jerusalem (Nr. 64/93) zum Einwanderungsthema:

"Schuld an diesem Problem ist auch das Ausland, das von den Deutschen Dinge verlangt, die in anderen Staaten nicht praktiziert werden. Kein Land hält seine Grenzen schrankenlos offen", und weiter "die deutschen Politiker reagieren weltfremd, heuchlerisch und feige" und schließlich "1993 war auch ein Jahr der großen Angst. Die Unsicherheit im täglichen Leben wächst ständig. Man traut sich nachts nicht mehr aus dem Haus. Soweit hat es dieser Staat mit seiner gefühlsdusseligen (!) Nachsicht gegenüber Rowdies und Gewaltverbrechern gebracht." Wie gesagt, die von deutschen Juden in Israel herausgegebenen "Israel-Nachrichten", nicht die deutsche "Nationalzeitung" äußern sich so.

Die geschichtlichen Erfahrungen mit konstruktivistischen Vielvölker-Unionen (SU, Balkanstaaten, Libanon, Los Angeles) sind unheilsverheißende Zeichen auf der Wand und warnen die Euro-Illusionisten, die Spekulation in die "Aktie EUropa multikultura" weiter anzuheizen. Mit dem Papier könnten die Spekulanten selber abstürzen.

Weltfriedensreiche für 100 oder 1.000 Jahre zu errichten, ist Aufgabe von Propheten, Religionsstiftern und Missionaren. Politiker sollten sich damit bescheiden, die Inflations-, Arbeitslosigkeits-, Kriminalitäts-, Staats- oder Abgabenquote um 2 % zu senken.

Nach Karl Popper, dem Verteidiger der "Offenen Gesellschaft" gegen ihre "Feinde", ist von allen Ideen der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle. Der aufgeklärt-mündige Bürger setzt sein Vertrauen auf Realpolitik, nicht auf "gefühlsdusselige" Politikabstinenz oder nationalmasochistische Einebnungsbemühungen der gerade Herrschen-

den. Keiner auf der Welt wird reicher, wenn die Deutschen ärmer gemacht werden, damit der Chimäre Nationalismus keine Hörner wachsen.

3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?

Bundeskanzler H. Kohl, der 1991 die europäische Einigung als das "Herzstück der Politik" seines Kabinetts bezeichnete, konnte sich ein geeintes Europa nur als ein "demokratisches" Europa vorstellen, in dem Demokratie und Rechtsstaat unauflöslich mit der europäischen Idee verbunden bleiben. Bei Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bekräftigte er, daß er keinen Euro-Zentral-Staat wolle: "Dieses Europa wird 'föderal' sein oder es wird nicht sein." (24.1.1994)

Zwei Jahre lang hatte der Bundeskanzler Zeit, den Vertragstext von Maastricht zu lesen und nach "demokratisch-föderalen" Spurenelementen darin zu suchen. Was er den Bayern referierte, gehört in die Rubrik "Mythen, Sagen und Legenden aus dem Brüsseler Schatzkästlein". Der Kanzler selbst hat mit den anderen elf Regierungschefs für die Deutschen den Vertrag von Maastricht ausgehandelt. ...

Der Minister-Rat wird nicht gewählt, sondern von den 12/16 Mitgliedsstaaten gestellt. Bundeskanzler Kohl entsendet Herrn Kohl und Herrn Waigel in den Minister-Rat. In Bonn gehören der Kanzler und der Finanzminister zur Exekutive, in Brüssel zur Legislative. Zu legislativen Kompetenzen ist der Minister-Rat demokratisch nicht legitimiert. Die "feierlichen Beschlüsse" entbehren zumeist der Legitimation, in der rechtsstaatlichen Demokratie haben Regierungschefs und Kabinettsmitglieder nichts zu "beschließen" (Rothkranz, S. 16), es sei denn, sie beschließen zurückzutreten.

- Die Europäische Kommission als zweites Gesetzgebungsorgan und gleichzeitig als Spitze der EU-Verwaltung (Exekutive) besteht aus derzeit 17 Kommissaren, die von den 12 EU-Regierungen "ernannt" werden (Art. 158 MV). "Ernennung" ersetzt in der Euro-Demokratie die demokratische Legitimation.

Auf gleich schwachen demokratischen Füßen steht die "Autonomie" der Europäischen Zentralbank und die "Unabhängigkeit" des Europäischen Gerichtshofes. Die Judikative des Euro-Staates (13 Richter und 6 Generalanwälte) wird von den 12/16 nationalen Regierungen "ernannt" (Art. 167 MV), nicht von Richterwahlausschüssen gewählt.

Zur "Unabhängigkeit" der Europäischen Zentralbank hat Ministerpräsident Mitterand zu verstehen gegeben, daß die EZB ausführendes Organ der Regierung sein werde, daß er und seine Regierung sich an Art. 7 des Protokolls über die EZB nicht gebunden fühlen. Frankreich hat eben ein anderes Verhältnis von Demokratie und "Autonomie".

Die 12/16 Regierungschefs erscheinen als absolutistische Herrscher mit fast schrankenloser Machtvollkommenheit ausgestattet. Aber auch dieser Eindruck täuscht. Über dem Parlament, das nichts zu sagen hat und über Minister-Rat und Euro-Kommission, die viel zu sagen, aber keine demokratische Legitimation vorzuweisen haben, "thront" als Super-Legislative der Europäische Rat der 12/16 Regierungschefs, der zweimal jährlich beschließt, was der Minister-Rat zu beraten und zu beschließen hat (Art. J. 8 MV).

Der Europäische Rat, so beschreibt es eine Informationsbroschüre 1990, "berät ohne feste Regeln", "locker", in "absoluter Vertraulichkeit" und "ohne förmliches Protokoll", er "unterrichtet" danach das Europa-Parlament über Ergebnisse der Beratung.

- Die Beratungs- und Beschlußvorlagen erhält der Europäische Rat von COREPER, dem "unbekanntesten Wesen" Europas, das nach R. Baader neben der Europäischen Kommission die Spitze der bürokratisch-zentralistischen Euro-Diktatur darstellt. ...

Das Europa-Parlament in Straßburg/Brüssel ist als "Vertretung der Völker Europas" gedacht. Es übt Beratungs- und gewisse Kontrollbefugnisse aus und ist am Rechtssetzungsprozeß "beteiligt", heißt es in den 28 Mio. DM verschlingenden Werbeprospekten für Europa "wie es swingt und lacht".

- Richtig ist, daß dieses "Parlament" kein Parlament ist und bei der Rechtssetzung nichts zu sagen hat. Es kann insbesondere keine Gesetze einbringen, beraten, verhindern, es kann die Regierung (Kommission/Minister-Rat) nicht abwählen (Art. 160), und es kann nicht über die Einnahmen des EU-Etats befinden.

- Richtig ist auch, daß die Sitzverteilung im "Parlament" extrem ungerecht (undemokratisch) zu Lasten der Deutschen vorgenommen wurde:

1 Abgeordneter Luxemburgs vertritt 60.000 Luxemburger

1 Abgeordneter Belgiens vertritt 410.000 Belgier

1 Abgeordneter Frankreichs vertritt 700.000 Franzosen

1 Abgeordneter Deutschlands vertritt 1.000.000 Deutsche

Ein Wahlkreis in Deutschland ist also 16mal größer als in Luxemburg, 2 1/2mal größer als in Belgien und um ca. 40 % größer als in Frankreich oder England. Um des Friedens willen gibt sich "Michel" mit dieser diskriminierenden Sitzverteilung zufrieden, hat er doch den 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen und verloren - und "Marianne" hat immer Recht.

Noch ist nicht gesichert, ob den Deutschen nach der Vereinigung mit Mitteldeutschland weitere 18 Sitze im Straßburger Parlament zugebilligt werden. Deutschland ist nämlich um 17 Mio. Einwohner größer geworden, während England, Frankreich u. Italien bei rd. 57 Mio. stehen geblieben sind.

Frankreich läßt sich dieses Zugeständnis mit deutschen Millionenbeträgen für die Miete des Straßburger Parlamentsgebäudes "bezahlen", Demokratie hat eben ihren Preis. ...

Richtig ist weiter, daß diese "Vertretung der Völker" in zwei repräsentativen Parlamentsgebäuden tagt, aber nicht aus zwei Beschlußorganen wie etwa Oberhaus/Unterhaus oder Bundestag/Bundesrat besteht, daß sie also ein erhebliches Maß an Demokratiedefizit aufzuweisen hat. Zum Abbau dieses Defizits an Demokratie und zur Förderung der Politischen Union wurde in Maastricht die Gründung des "Ausschuß der Regionen" als "tragende Säule der Europäischen Union" beschlossen. Dieses neue Organ konstituierte sich am 8./9. März 1994 in Brüssel.

Vereinbart wurde, daß Deutschland in diesem Ausschuß 24 von 189 Sitzen erhält, also ein Stimmgewicht von 12,7 % bei einer Zahllast von rd. 30 % der Kosten für Europa bekommen soll. Die "Region Bayern" ist in diesem tragenden Organ mit einem, höchstens zwei Abgeordneten vertreten, um Interessen der Bayerischen Motoren- oder Brau-Werke zu vertreten. Der geplante Beitritt weiterer Staaten Ost-Europas verringert das Stimmgewicht und erhöht die Zahllast der deutschen "Region".

Sir R. Dahrendorf, Oxford hält den Vertrag von Maastricht nicht für einen Einigungs-, sondern für einen Spaltungsvertrag, gegen den sich in England und überall Widerwille erregt. Zumindest den desillusionierenden Terminus "irreversibel" möchte R. Dahrendorf aus der Euro-Semantik gestrichen sehen.

Sein Appell "Europa muß (!) demokratisch sein - oder es hat keine Zukunft" (SPIEGEL, 3.1.1994, S. 28/9) wird durch zahlreiche Wissenschaftler gestützt, z.B. durch die "European Constitutional Group" (13 Wissenschaftler aus europäischen Forschungseinrichtungen), die 10 erhebliche verfassungsrechtliche "Webfehler" am Maastrichter Vertrag, speziell an der Politischen Union entdeckt hat (FAZ, 28.8.1993).

4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein - oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein?

Von einem "Europa der Vaterländer" (Ch. de Gaulle) ist von Europolitikern aller Couleur nichts mehr zu hören, seit Maastricht entwickelt sich der Euro-Staat zu einem zentralistischen Bundesstaat ohne Einfluß des Euro-Parlaments, des "Ausschuß der Regionen" und der noch bestehenden Parlamente der Nationen. Der Ausstieg Dänemarks und Englands und die äußerst schlappe Zustimmung der Franzosen zum Maastrichter Vertrag (bei einer Wahlbeteiligung

von 70,6 % votierten 51 % für Maastricht = 36 % der wahlberechtigten Franzosen) hat den Trans-Europa-Expresß nicht zum Halten, eher schon zu einer Beschleunigung der Geschwindigkeit gebracht, nicht zuletzt durch Drängen Bundeskanzler Kohls.

Bundespräsident R. v. Weizsäcker umriß beim Empfang des Diplomatischen Corps die gegenwärtige Europa-Politik mit folgenden Worten: "Das außenpolitische Ziel Deutschlands sei das vereinte Europa." Dieses Europa sei die "Einigung unseres Kontinents", nicht "saturierter Zustand", sondern "dynamischer Prozeß".

Die Deutschen haben sich auf die lange Reise, nicht auf das Ziel einzustellen, denn, so der Bundespräsident, "Europa muß 'mehr' werden als ein Europa der Vaterländer" -. Alle Völker sollen daran Anteil haben.

Unser Bundespräsident hat Sinn für Visionen. Die Vision deutscher Außenpolitik nach Maastricht ist ein Kontinental-Europa ohne Grenzen, ein grenzenloses Groß-Friedens-Reich gemäß der Euro-Hymne "Seid umschlungen Millionen ... Brüder".

Nach der Überwindung der alten Trennungslinie durch den Kontinent dürfe es keine neuen Gräben geben. Vielmehr müsse deutsche Außenpolitik Kontinental- und Globalpolitik werden und die Versorgung bzw. die Lebenschancen für "alle" Erdbewohner zum Ziel haben. (Bulletin 18.1.1994, S. 27)

"Mehr" als ein "Europa der Vaterländer" ist ein Bundesstaat Europa oder ein Welt-Staat für alle Erdbewohner, in dem sich deutsche Politik um die Versorgung und Verbesserung der Lebensqualität "aller" 6 Mrd. Erdbewohner verantwortlich fühlt. ...

5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag Protokolle, S. 237 ff.)

Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)

"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch.

Der EU-Vertrag schafft die Voraussetzungen eines gigantischen Umverteilungskarussells von Norden nach Süden. Zur Erreichung dieses "Sozialziels" werden in Brüssel Umverteilungsfonds in großer Anzahl als "Struktur- oder Kohäsionsfonds" errichtet.

Aus diesen Fonds erhalten die "schwächeren" Staaten, Regionen, Wirtschaftszweige jährlich Euro-Subventionen (vgl. Art. 123 EG-Vertrag) in großem Umfange (rd. 22 Mrd.) als Geschenk.

Als "schwach" wurden solche Länder definiert, die ein Pro-Kopf-Sozialprodukt von weniger als 90 % des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Sozialprodukts erreichen. Wer also 10,1 % weniger Wohlstand hat als der EU-Durchschnitt, ist "arm", wer mehr als 1 % über dem Durchschnitt liegt, ist "reich".

Nach den natürlichen, historischen, ökonomischen oder politischen Ursachen dieser relativen Unterentwicklung und Ungleichheit wurde dabei nicht gefragt.

Das bedeutet aber für die wohlhabenderen Mitgliedsstaaten eine höhere "Besteuerung" ihrer Leistung. Die Bestrafung der Leistungsfähigen, so wird unterstellt, wird ihre Solidarität mit den "Schwachen" nicht schwächen.

- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...

Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.

Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".

Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fettöpfen der EU.

Im Jahre 1992 hatte die EU rd. 137 Mrd. DM Ausgaben; bis 1999 sollen diese verhältnismäßig moderat auf 165 Mrd. DM, also um ca. 22 % (in 7 Jahren) steigen, nach zweistelligen Wachstumsraten in den vorausgegangenen Jahren.

Von den 137 Mrd. Ausgaben zahlte Deutschland alleine 36 Mrd. = 26 % (brutto).

- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.

Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben

Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich

Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen

Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen konnte.

Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.

Im gleichen Jahr erhielten

Irland rd. 4 Mrd.

Portugal 4 Mrd.

Spanien 5 Mrd.

Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.

Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Südtaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".

Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.

Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.

- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die 19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.

Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroiert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg".

In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln. ...

Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahlkosten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.

Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. Es bleibt die Hoffnung, daß mit diesen ECU-Geschenken die Freundschaft, die Demokratie und die "Partnerschaft für den Frieden" trotz der Kriege auf dem Euro-Kontinent gestärkt werden. In Bankenkreisen nennt man diese Politik "Cash gegen Hoffnung".

In der Demokratie entscheiden nicht Herr Schmidhuber oder Herr Schmidbauer, die davon leben, sondern der mündige Bürger und Steuerzahler, die dafür arbeiten und Verzicht leisten, ob der deutsche Solidaritätsbeitrag zum Euro-Staat gerecht oder ausbeuterisch ist. Ist es gerecht, wenn Irland für jeden eingezahlten ECU 6 ECU zurückerhält und Deutschland für 6 eingezahlte ECU einen zurückbekommt?

Gegen Schmidhubers (CSU) These von der "angemessenen Beteiligung Deutschlands an den Kosten der EU" sprechen folgende Zahlen.

Deutsche Zahlungen an die EU (in Mrd. DM)

...

Die deutsche Bruttozahlung hat sich von 1978 bis 1991 verdreifacht, von 1983 bis 1991 verdoppelt und von 1988 bis 1991 um 30 % erhöht.

Demgegenüber hat sich die deutsche Nettozahlung an die EU von 1978 (2,3 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) verachtfacht (!) von 1983 (6,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) mehr als verdreifacht von 1988 (13,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) um 50 % erhöht.

Haushaltsausgaben der EU (in Mrd. DM)

1981: 44,7

1983: 55,4 = 23 % + in 2 Jahren

1985: 62,7 = 13 % + in 2 Jahren

1987: 73,1 = 16 % + in 2 Jahren

1989: 85,6 = 17 % + in 2 Jahren

1991: 113,3 = 32 % + in 2 Jahren

1992: 128,8 = 6 % + in 2 Jahren

...

Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991 sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.

Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, englischen, spanischen, griechischen Politikern.

Deutsche Euro-Politiker sollten das auch den deutschen Bürgern ehrlich eingestehen. Halbwahrheiten und Unwahrheiten desinformieren und desorientieren den Bürger.

Ernsthaft zu bezweifeln ist schließlich die Beschwichtigungsformel, die der EU geschenkten 20 Mrd. jährlich, die der GUS geschenkten und geliehenen 80 Mrd. und die den Polen erlassenen 12,5 Mrd. würden ja doch "irgendwie" als Exportaufträge an die Bundesrepublik "zurückfließen". ...

Die deutschen Verhandlungsführer (Kohl, Genscher, Kinkel, Waigel u.v.a.) sind gehalten, ihr politisch-soziales Gewissen an Art. 56 GG zu überprüfen:

"Wohl und Nutzen des deutschen Volkes" müssen nicht ganz und gar der europäischen Idee und dem Sozialsozialismus des Euro-Wohlfahrtsstaates, der Demokratisierung Kontinentaleuropas und der Weltfriedensstiftung geopfert werden.

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein

Bevor die Europäische Union von 12 auf 16 oder 24 Mitgliedsstaaten erweitert wird, soll sie über die Wirtschafts- zur Währungs- und zur Politischen Union vertieft werden.

Nach Art. B des Maastrichter Vertrages gehört die "Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine 'einheitliche' Währung nach Maßgabe dieses Vertrages umfaßt", zu den zentralen Zielen der europäischen Einigung.

An der Frage: Bleibt das Modell der sozialen Marktwirtschaft Leitbild der Wirtschafts-Union oder wird dieses Modell durch französische Vorstellungen von "Industriepolitik" ausgewechselt, entzündet sich die Diskussion zwischen den Befürwortern und den Bedenkenträgern. Bei Durchsicht des Vertrages (Titel XIII Industrie, Art. 130 bis 130p) fällt auf, daß der Terminus soziale Marktwirtschaft nicht erscheint, es wird durchgehend von den Kompetenzen des Minister-Rates und der Kommission gegenüber den Industrieunternehmen und den Industrieregionen gesprochen.

Der Euro-Staat setzt Ziele, er verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ihre Wirtschaftspolitiken den Zielen unterzuordnen, die Kommission überprüft, ob die Ziele erreicht wurden, Regionalfonds fördern die "rückständigen Gebiete", der Staat fördert die "bessere Nutzung des industriellen Potentials".

- Alle Initiativen gehen von der EU-Kommission aus, sie macht dem Rat Vorschläge, der Rat gibt diesen Gesetzeskraft, die Kommission überwacht und fördert (mit Geld) die Durchführung. Alle Entscheidungen sind in Brüssel zentralisiert, den selbstregulierenden Kräften des Marktes wird offenbar wenig Bedeutung beigemessen. Der Euro-Staat (Kommission und Rat) initiiert, fördert und kontrolliert, aber den Staat kontrolliert niemand. ...

Der Wirtschaftsprofessor J. Starbatty (FAZ 15.1.1994) kritisiert,

- daß im gemeinsamen Markt alle (natürlichen, historischen, politischen) Unterschiede als Wettbewerbsverzerrungen interpretiert und egalisiert werden,

- daß durch Euro-Gesetze und -Verordnungen neue Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU oder im Welthandel entstehen, wie z.B. bei den europäischen und südamerikanischen Bananen, bei den französischen und deutschen LKW-Steuern, bei den deutschen, italienischen und französischen Stahlstandorten,

- daß kein unabhängiges Amt für europäischen Wettbewerb vorgesehen ist, daß mit jedem Schritt in Richtung Zentralismus, Staatsdirigismus, Staatsinterventionismus ein Stück soziale Marktwirtschaft und bürgerliche Freiheit abgeschafft wird.

... Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M. Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.

Zwischen 1997 und 1.1.1999 wird das EWI durch die Europäische Zentralbank, wird die DM durch den ECU abgelöst, wird die autonome Bundesbank zur Filiale der EZB, nachdem sie

zuvor die deutschen Währungsreserven (DM 120 Mrd., wahrscheinlich aber sehr viel mehr) auf die EZB übertragen (internationalisiert) und je 2,- DM in 1 ECU umgetauscht hat. Ob dann 1 ECU dieselbe Kaufkraft hat und behält wie vor dem Stichtag 2,- DM hatten, weiß niemand zu sagen, das wird sich herausstellen.

Am 1.1.1999 sollen dann, so wird versprochen, aus vielen auch schwachen nationalen Währungen mit Inflationsraten zwischen 3 % und 18 % (1993), wie durch ein Wunder, eine starke, europäisch-internationale Währung entstehen, die "mindestens" so stabil ist, wie die DM in den vorausgehenden 50 Jahren war. Von dieser dritten Stufe an bestimmt die EZB "autonom", welche Geldmenge, welcher Diskontsatz, welcher Wechselkurs für Europa "gut" ist. Und was gut ist für EUropa, ist auch gut für Deutschland.

- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.

Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24-formal ganz demokratisch: one man, one vote. ...

- 60 deutsche Wirtschaftsprofessoren der ordo-liberalen Schule halten die Maastrichter Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion in "entscheidenden 11 Punkten" für ungeeignet, das "konfliktarme Zusammenwachsen in Europa" zu erreichen.

Was im August 1993 begann - die praktische Aufgabe des Europäischen Wechselkurssystems (EWS) mit relativ festen Wechselkursen unter dem Leitkurs des ECU - könnte 6 Jahre später oder früher den Kontinent in eine schwere Geld-, Währungs-, Wirtschafts- und Sozialkrise stürzen.

Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. Wo bleibt eigentlich die sozialdemokratische Euro-Opposition, die vor hastigen Schritten der "illusionistischen" Regierung und der Euphoriker warnt, wenn sie als Partei der kleinen Leute die "Sorge der Bürger um die Stabilität der DM für nicht unberechtigt" hält? ...

Man muß es ihnen lassen, die Europa-Architekten haben Sinn für Symbole und Zufälle, denn die Architektur ist "für das Europa des 21. Jahrhunderts" ersonnen worden, wie der Professor für politische Bildung P. Fontaine, Paris in "Zehn Lektionen" (Mai 1992) doziert:

"Die Europäische Union ist ein einmaliges Gebilde, das zwischen der Regierungszusammenarbeit und der Föderation angesiedelt ist", "die Union hat die Aufgabe, langfristig sämtliche demokratischen Länder des Kontinents(!) zusammenzufassen. Aber dieser Prozeß wird selbstverständlich schrittweise vonstatten gehen" und schließlich "die gegenwärtige Gemeinschaft" soll in der Architektur Europa 2000 "die Rolle des föderalistischen Motors des ganzen Kontinents spielen" (S. 36-7).

Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äquator unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt werden sollen.

Auch Bundespräsident R. v. Weizsäcker will die "Einigung unseres Kontinents", will aus Europa "mehr" machen als ein "Europa der Vaterländer", will allen Völkern daran Anteil geben und will mit der Europapolitik und mit Europa die Lebenschancen "aller Erdbewohner" verbessern.

Daher stellt sich die Frage, wie EUropa aussehen wird, wenn sich die "europäische Idee" im 21. Jahrhundert, in 6 Jahren also, verwirklicht hat, schrittweise versteht sich.

7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion

unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein

Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurern und Handlangern.

In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:

"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst von Jahr zu Jahr."

So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt J. Rothkranz (S. 514).

- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.

Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.

Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer (wie H. Heine und K. Marx) das Paradies verspricht, der bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." (W. Biermann, in ,Israel-Nachrichten v. 31.12.1993)

Die Wahrheit über Europa?

Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den (Mit-)Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch v.a., was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<

Die deutsche Publizistin Inge M. Thürkauf berichtet später über das Christentum und die Neue Weltordnung (x939/...): >>**Die christliche Botschaft in den Fängen der Neuen Weltordnung**

Die **Neue Weltordnung** ist ein Begriff, der mit Beharrlichkeit als "Verschwörungstheorie" zur Seite geschoben wird, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung", "Globalisierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten und der **Einen-Welt-Religion**. Die Neue Weltordnung ist mit Sicherheit keine Verschwörungstheorie, sondern das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der **UNO** mit ihren übergeordneten Ratgebern.

Der britische Historiker Anthony Sutton wird deutlich, wenn er schreibt: "Die Gesellschaft soll verändert werden, die Welt soll verändert werden, um eine Neue Weltordnung hervorzu- bringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der individuellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede." Er spricht hier also in aller Offenheit vom Anachronismus nationaler Grenzen und kultureller Mannigfaltigkeit, und zwar global.

Erste Anzeichen einer fortschreitenden Veränderung der Gesellschaft **war das Programm der New Age Bewegung**, die Menschen und Völker zu einer universalen kommenden Weltgemeinschaft aus allen Rassen, Kulturen, Religionen und Ideologien zusammenführen sollte. Zur Entkernung christlich-abendländischer Werte gab es Angebote, Praktiken und Methoden, die darauf abzielten, die herkömmlichen Denkweisen der Menschen umzuformen. Es waren

nicht nur die verschiedenen Bausteine im Zeichen des Wassermanns, wie Esoterik, Magie, Okkultismus, Selbsterlösung, östliche Philosophie, Geistheilung, etc., die die Grundrezepte lieferten, sich vom abendländischen Denken loszusagen.

Das neue Zeitgeistgefühl brach sich auch Bahn mit neuen durch Werbung und Medien indoktrinierte Gebräuche und Handlungen, denen die Gesellschaft Jahrzehnte hindurch freiwillig und mit Eifer gefolgt ist. Weltweit werden Jeans getragen, von Männern wie von Frauen. Kaugummi, Coca Cola, McDonalds sind kaum mehr wegzudenken, wir grüßen von Hammerfest bis Sizilien im gleichen Sing-Sang-Ton mit Tschüüü, machen Lärm à la Hard Rock oder Heavy Metal und nennen es Musik.

Die Anglizismen in unserer Sprache werden zu Zeichen unseres post-modernen Fortschritts, wir mailen die news, wir suchen einen Job etc. Die Faszination der Filme à la Hollywood sowie das Fernsehen mit seinen ungezählten Kanälen haben das Denken und Fühlen einiger Generationen von Kindesbeinen an besetzt. Dies alles waren Vorboten der Neuen Weltordnung, die wir ohne große Überlegungen übernommen und zum Teil verzückt verteidigt haben: es ist doch "in", und "man" denkt eben heute so, denn die Zeiten haben sich geändert.

Können wir uns der Sogwirkung dieser alles gleichschaltenden, kulturauflösenden und sich am Banalen ergötzenden Scheinwelt überhaupt noch entziehen? Für eine Welt ohne Grenzen sind diese neuen Wertvorstellungen notwendige Gradmesser und vor allem im Interesse der Globalisierer, die sich mit ihren Plänen kaum mehr zurückhalten. Sie enttarnen sich selbst.

Am 14.5.1947 verriet Winston Churchill in einer Rede in London einige angloamerikanische Ziele in Bezug auf die Zukunft Europas: "Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.**

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. **Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles."**

"Frieden" auf Erden Dank der Neuen Weltordnung

Der Gedanke einer neuen Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. **George H. W. Bush erklärte am 11. September 1990** (auf den Tag genau elf Jahre vor dem magischen Datum 9/11) vor dem amerikanischen Kongreß: **"Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen.** ... Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle anwenden kann, **um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen."**

Dabei wird der Schwerpunkt bei der Etablierung der Neuen Weltordnung auf die Sicherung des Weltfriedens gelegt. Bei seiner jährlichen "State of the Union-Ansprache" im Februar 1991 entfaltete Vater Bush seine Vision: "Es ist eine großartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zueinander gezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. ...Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."

Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange.

Auch Woodrow Wilson, Präsident von 1913-1921, strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Friedensplan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in den Amerika eingetreten ist, offensichtlich nicht das gewünschte Resultat.

Atome für den Frieden

Ein Ereignis aus der Biographie meines Mannes beschreibt anschaulich und aufschlußreich die globalen Friedensziele Amerikas. In den 1950er Jahren propagierte der damalige Präsident General Eisenhower ein weltweites Projekt mit dem Schlagwort: "Atome für den Frieden". Alle Länder der Erde sollen in den Genuß von Atomenergie gelangen. Verfügten erst sämtliche Regierungen über genügend Energie, würden Kriege damit ausgeschaltet werden. Was für den Bau der Atomkraftwerke noch fehlte, war das schwere Wasser.

Unter der Leitung meines Mannes wurde am physikalisch-chemischen Institut der Universität Basel eine Anlage gebaut und betrieben, mit der es gelang, das schwere Sauerstoffisotop 18 auf eine Konzentration anzureichern, die damals in der ganzen Welt nirgends zur Verfügung stand. 1959 beauftragte ihn eine Schweizer Firma, in Frankreich im Atomreaktorzentrum Saclay bei Paris den Bau einer Anlage zur Herstellung von schwerem Wasser zu leiten. Die Franzosen waren bereit, eine solche Anlage in großem Stil zu bauen.

Ende 1959 wurde sie fertiggestellt, und einige Monate später, im Februar 1960, zündeten die Franzosen in der damals noch französischen Sahara eine Plutoniumbombe, denn das schwere Wasser benötigt man nicht nur für Atomkraftwerke, sondern auch für Plutoniumbomben. Es ist unwahrscheinlich, daß Amerikas Regierung nichts von dieser weit sichtbaren Explosion wußte.

Soviel zu "Atome für den Frieden". Bei den amerikanischen Friedensbemühungen scheint immer wieder etwas vehement schiefzulaufen.

Die Wurzeln der Neuen Weltordnung

Die Wurzeln der NWO sind beim Aufkommen des neuen Finanzsystems und der Industrialisierung zu suchen. **Abraham Lincoln hat vor einer despotischen Machtergreifung aufgrund der Usurpation des Geldsystems gewarnt:** "Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. ... In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet all jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. ...

Die Geldmacht des Landes wird danach streben ihre Herrschaft zu verlängern, indem sie die Vorurteile des Volkes ausspielt, bis der Reichtum in den Händen von wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist."

Es gibt zwei amerikanische Präsidenten, die es wagten, sich gegen das Geldsystem aufzulehnen: Abraham Lincoln und John F. Kennedy, beide wurden ermordet.

An der Wiege der NWO steht folglich das moderne Geldsystems, die Banken und die Kontrolle über die Zentralbanken, sowie die ganze Zinsproblematik. Der Tenor der neuen Führer lautet: Wir brauchen weder Nationen, noch Regierungen, noch Grenzen, weder nationale noch territoriale Sonderinteressen, keine natürlich gewachsenen kulturellen, religiösen und sittlichen Wertvorstellungen. **Auch ist es gleichgültig, welche Marionette amerikanischer Präsident oder deutscher Bundeskanzler(in) spielt.** Was wir benötigen, ist ein weltweites Geldeinheitssystem, das automatisch Macht über die Völker und Nationen übernimmt, die letztendlich auch keine Rolle mehr spielen werden.

Nathan Mayer Rothschild, Sohn des Gründers der Rothschild-Dynastie, Mayer Amschel Rothschild, fand zu diesem Thema drastisch deutliche Worte: "Ich kümmere mich nicht darum, welche Puppe auf den Thron von England gesetzt wird, um dieses Empire zu regieren, auf dem die Sonne niemals untergeht. Der Mann, der die britische Geldversorgung kontrolliert, kontrolliert das British Empire, und die britische Geldversorgung kontrolliere ich!"

Außer des Geldsystems der Rothschilds und Rockefellers steht am Beginn der Globalisierung die Industrialisierung. Eine Beschreibung der modernen Industriegesellschaft, die deutlich

macht, daß Globalisierung, Industrialisierung und das moderne Geldsystem ein natürlicher Feind von Religion, Nation und Kultur ist, finden wir im Kommunistischen Manifest. Dort wird gefordert, daß die Welt nicht von den Proletarier aller Länder, sondern von der Geld- und Industriemacht beherrscht werden soll. Auch hier wird die Behauptung aufgestellt, daß allein diese Konstellation der Garant wäre für den Frieden in der Welt.

Das Imperium der US-amerikanischen Macht sieht eine globale Strategie vor: die Welt muß zu einem einzigen grenzenlosen Markt umgewandelt werden, in dem alle Kulturen, Religionen, Sprachen, Sitten und Gebräuche gleichgeschaltet werden sollen.

Das 20. Jahrhundert ist voll von Ideen von einem Welteinheitsstaat. Graf **Coudenhove-Kalergi**, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, nannte in seinem Buch "Praktischer Idealismus" als Kenner der Szene hinter den Kulissen die **Demokratie "eine Fassade der Plutokratie" (Herrschaft des Geldes)**. Staatsmänner in republikanischen wie in monarchischen Demokratien seien Marionetten, während die Kapitalisten die Drahtzieher sind, die die Richtlinien der Politik diktieren und durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, in geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen die Minister beherrschen.

Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Dazu ein Wort eines unbekanntenen Propheten, das die heutige Situation treffend beschreibt: "Wer in der Demokratie schläft, erwacht in einer Diktatur."

Versetzen wir uns nun in die Zeit der 1940er Jahre.

The City of Man

Gegen Ende des Jahres **1940** erschien in den USA und in Kanada ein schmales Bändchen von 113 Seiten mit dem Titel: "**The City of Man. A Declaration on World Democracy - Die Stadt des Menschen. Eine Erklärung zur Weltdemokratie**". Es handelte sich dabei um ein Grundsatzprogramm für den **Welteinheitsstaat** oder die **Weltdemokratie** mit der dazugehörenden **Weltreligion**, auch hier ging es um nichts Geringeres als um die Etablierung des Friedens. Das Bändchen fand rasche Verbreitung und wurde an alle größeren Bibliotheken in den USA, Kanada, aber auch in Europa verteilt.

Offensichtlich war man daran interessiert, die "Stadt des Menschen" in großem Stil bekannt zu machen. Doch plötzlich war die Schrift nirgend mehr erhältlich, offiziell bis heute nicht und in den Bibliotheken hieß es: der Titel sei unauffindbar. Was war der Anlaß für dieses eigenartige Vorgehen? Es ist zu vermuten, daß die Globalisierer beim Ausbruch des II. Weltkriegs den lange erhofften Zeitpunkt zur Gründung des geplanten Weltstaates sahen.

Vielleicht waren es die militärischen Anfangserfolge der Nazi, die zum Rückzug der Propaganda für den einen Weltstaat bliesen. Die Tatsache aber, daß von dieser Schrift nach kurzer Zeit nirgends ein einziges Exemplar mehr aufzutreiben war, weist darauf hin, daß hinter dieser Publikation eine mächtige Organisation gestanden haben muß, um ein fast weltweit wirksames Ausleihe- und Verkaufsverbot bis heute zu befehlen.

Worum handelt sich nun bei diesem Werk **The City of Man**? Es ist mehr oder weniger das vollständige Programm zur Verwirklichung einer endgültigen **Vernichtung aller Nationalstaaten**, in erster Linie aber der **Vernichtung der Religion**, unter dem hehren Vorwand ewigen "Frieden auf Erden" schaffen zu wollen.

Der Plan enthält fünf Punkte:

1. Es soll ein erdumspannender einziger Staat entstehen.
2. Dadurch werden künftige Kriege ausgeschaltet. Einzige Herrschaftsform ist die Demokratie.
3. Die Demokratie muß zugleich die alleinige und allgemeine Weltreligion werden, die Religion des Humanismus.
4. Alle derzeit noch bestehenden verschiedenen Religionen müssen in diese humanistische

Religion integriert werden. Religionen aber, die sich nicht integrieren lassen, weil sie allzu starr auf einem wortwörtlichen Verständnis ihrer Dogmen beharren, werden ausgemerzt, weil sie die Demokratie und damit den Menschen selber bedrohen.

Erinnert sei an Alice Bailey, die "Hohepriesterin" von New Age, der Bewegung des Neuen Zeitalters, das ja bekanntlich einen Messias erwartet, der sich "Maitreya" nennt und Herrscher einer neuen Weltreligion sein wird. Die New Ager haben jenen, die nicht zur Zusammenarbeit mit Maitreya und der neuen Weltreligion bereit sind, Gewalt, sogar Säuberungsaktionen und Vernichtung angedroht. Diejenigen, "die falsche Lehren über den Christus verbreiten" (z.B. gläubige Christen), würden in Zukunft verschwinden, sie werden "aus der physischen Verkörperung befreit und in eine andere Dimension außerhalb jeder physischen Inkarnation gesandt" werden. Mit anderen Worten, sie würden umgebracht.

5. der Welt-Humanismus kann nur mittels einer Ausdehnung des Amerikanismus auf alle übrigen Länder der Erde durchgesetzt werde. Die Errichtung des Weltstaats muß daher von den Verneigten Staaten ihren Ausgang nehmen.

Am Schluß der Erklärung setzen die Verfasser den von ihnen angezielten Welt-Humanismus dem Amerikanismus gleich und betonen damit die Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei der Errichtung des Welteinheitsstaates, denn **Globalisierung, so Henry Kissinger, ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft**. Mit einem Aufruf an die amerikanische Nation, vor allem an die amerikanische Jugend und an alle Europäer, sich für die Erneuerung der Welt entschlossen einzusetzen, endet das Dokument The City of Man.

Krieg um des Friedens willen?

Gehen wir nun einmal der Frage nach, was hinter der so auffällig zur Schau getragenen Liebe zum Frieden steckt, denn dies ist letztlich der zentrale Punkt in der Propaganda um die Neue Weltordnung. Die Verfasser von **The City of Man** sagen es an einer Stelle sehr offen: "Sinn und Ziel des menschlichen Lebens, des individuellen wie des kollektiven, ist Fortschritt und Wachstum in Verstand und Tat, und Friede, allgemeiner Friede, ist die Vorbedingung für Fortschritt und Wachstum."

Hier wird der reine Humanismus zum letzten Sinn und Ziel erklärt, der Friede hingegen zur bloßen, wenngleich notwendigen, Vorbedingung. **Friede ist also nicht das letzte Ziel, weil alle Staaten sich dem Gesetz des Weltstaates unterwerfen müssen**, "wenn es in der Welt von morgen Frieden geben soll."

Also zuerst Unterwerfung, dann erst kann Friede sein. Unterwerfung kann aber möglicherweise nur durch Krieg geschehen. Hier zitieren die Herausgeber von **City of Man** Präsident Woodrow Wilson, der damit den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg begründet hatte:

"Ungeachtet der (wohlverdienten) Fehlschläge dieser letzten Jahrzehnte wird ein Krieg, um den Krieg zu beenden, erneut das Los unserer Generation sein - und der unsrigen allein, falls sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigt - oder anderer, die noch kommen werden, bis der Totalitarismus des Todes oder die Universalität des Friedens auf der Erde errichtet ist".

Mit anderen Worten: wenn die Vereinigten Staaten die Schaffung der Weltdemokratie jetzt (also im II. Weltkrieg) in die Wege leiten kann, dann wird das der letzte Weltkrieg gewesen sein. Wenn aber nicht, werden andere Menschen, die noch kommen werden, nochmals einen Krieg führen müssen, um den Krieg zu beenden, sie werden also einen dritten Weltkrieg führen müssen bis zum "Totalitarismus des Todes" oder bis der Frieden auf Erden endlich errichtet ist, meines Erachtens das Friedensreich des Antichristen.

1950 erklärte der Großbankier und Rothschild-Agent **James Warburg**:

"Wir werden eine Weltregierung haben, ob es uns gefällt oder nicht. Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder Einwilligung erreicht wird."

Die folgenden Zitate bestätigen das Dokument "The City of Man" durch den internationalen

Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Welt-Demokratie, sprich Weltregierung:

Am 2. April 2009 trafen sich in **London** die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. **In einer programmatischen Rede bekräftigte Premierminister Gordon Brown die Entstehung einer Neuen Weltordnung:**

Vor 200 Jahren, so sagte er, habe eine neue Welt die alte abgelöst. 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt. Man habe damals von einer politischen neuen Ordnung gesprochen. Was nicht habe vorausgesehen werden können, sei die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun begännen wir zu verstehen, daß die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorangebracht wird, nicht durch militärische Stärke wie noch im Kalten Krieg, sondern durch ökonomischen Einfluß entstehe.

Die Länder, die in Zukunft erfolgreich sein werden, seien jene, die Flexibilität, freie Marktwirtschaft, freien Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander verbinden könnten. Abschließend konstatierte **Brown:**

Eine neue Welt sei im Kommen. Es sei eine Neue Weltordnung mit ganz anderen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.

Strobe Talbott, Vize-Außenminister der USA von 1993 bis 2000, sprach bereits **1992 Klartext: "Im nächsten Jahrhundert (dem 21. Jh.) werden Nationen, wie wir sie kennen, obsolet sein;** alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."

David Rockefeller sah die Welt schon 1994 am Rande einer globalen Umwälzung. Er war **überzeugt, daß es nur noch einer Krise großen Ausmaßes bedürfe und die Nationen würden die neue Weltordnung annehmen.** In einer Ansprache vor der **Trilateral Commission** 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre **Versprechen zur Geheimhaltung** eingehalten haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wären. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer **Weltregierung** entgegenzugehen."

Ein Beweis, daß in der Politik nichts zufällig geschieht, und wenn etwas geschieht, man sicher sein kann, daß es auch auf diese Weise geplant ist. (Franklin D. Roosevelt.)

Die "Lügenpresse" ist offensichtlich nicht lediglich eine Erfindung der Pegida-Demonstranten. **Völlig unmißverständlich drückte sich** die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf dem Kirchentag in Dresden **2011 aus: "Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."**

Ein friedliches Zusammenleben, so beteuerte sie, sei nur mit einer globalen Ordnung möglich, denn diese Welt könne keine friedliche Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ordnung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden.

Frau Merkel sieht in der Globalisierung Chancen und "ein Schlüssel zur Zukunft und ... auch zur Toleranz, weil sie eine weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen mit sich bringt ... Ich bin sehr froh, daß der Begriff der Toleranz nun auch Teil der Grundrechts-Charta im neuen EU-Reformvertrag ist", bekräftigte sie in einer Rede am 11. Juli 2007 an der Universität Heidelberg.

Ein Blick in den EU-Vertrag klärt uns über die seltsame Art der Toleranz von Frau Merkel auf: Obwohl EU-weit die Todesstrafe abgeschafft ist, lesen wir in den Erläuterungen zu diesem Vertrag in Artikel 2 Abs. 2 EMRK: "Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt

erforderlich ist, um zum Beispiel einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen." Und Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 EMRK wird noch deutlicher: **"Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden. ..."**

Es ist sicher nicht abwegig sich darüber Gedanken zu machen, inwiefern die beiden Artikel greifen werden, wenn der Widerstand im Volk gegen die Zerstörung europäischer Kultur und Geschichte, gegen den Austausch von Ländern und Völker im Namen der Neuen Weltordnung wächst.

Die Weltordnung der Päpste

Was besonders schmerzt, sind die Bekenntnisse der letzten Päpste zur neuen Weltordnung. In seiner Enzyklika "Pacem in terris" **entwarf Papst Johannes XXIII. das Bild eines Weltstaates**. Als seine Vorboten nannte er die Organisation der Vereinten Nationen und vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, also zwei ausgesprochen weltliche Institutionen.

Schwerwiegend sind die Schlußworte von **Papst Paul VI.** am 4. Oktober 1965 vor der Vollversammlung der UNO: "Diese Begegnung ... ist von Einfachheit geprägt, denn der zu Ihnen spricht, ist ein Mensch genau so wie sie. **Ihr Bruder ist er**, und sogar der Geringste unter Ihnen."

Das Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche bezeichnete sich in geradezu peinlicher Unterwürfigkeit einer der Kirche feindlich gegenüberstehenden Organisation als "geringster Bruder". Doch der Papst fuhr fort: "Als Experten sozusagen für die Menschlichkeit tragen Wir Ihrer Institution in diesem Augenblick die Unterstützung Unserer letzten Vorgänger, die aller katholischen Bischöfe und Unsere persönliche an. Wir sind gewiß, daß diese Organisation den angemessenen Weg zur zeitgerechten Zivilisation und zum Weltfrieden öffnet. ...

Sie haben ein Gebäude errichtet, das niemals in Trümmer gehen darf. Es muß vervollkommen und dem Lauf der Geschichte dieser Welt angeglichen werden. Sie vertreten eine Entwicklungsstufe der Menschheit. Von nun an ist es nicht mehr möglich, zurückzuweichen. Man muß voranschreiten."

"Entwicklungsstufe der Menschheit" ist ein Terminus des Evolutionisten Pierre Teilhard de Chardin, für den sich der Mensch in einer Entwicklung hin zum Punkt Omega befindet, um dort aus sich selbst zur Vollendung zu gelangen.

Das folgende Zugeständnis von Papst Paul VI. gegenüber der UNO reflektiert die Teilhard'sche Philosophie des Einswerdens:

"Man wäre fast versucht zu sagen, daß Ihr Wesensmerkmal in der zeitlichen Ordnung gewissermaßen das widerspiegelt, was unsere katholische Kirche in der geistlichen Ordnung sein will: einmalig und universal. ... Nichts Höheres kann man im ideologischen Bereich auf natürlicher Ebene erdenken. Ihre Berufung ist es, nicht nur einige, sondern schlechthin alle Völker zu verschwistern."

"Sehr geehrte Herren, Sie haben ein Werk begonnen. ... Sie lehren die Menschen, den Frieden zu erkennen. Die Vereinten Nationen sind die hohe Schule, in der man die Bildung erhält, und wir sind hier in der Aula Magna dieser Schule. ... Und wenn sie diesen Raum verlassen, dann wird die Welt auf Sie als die Architekten, als Erbauer des Friedens blicken."

Die UNO als Architekt des Friedens? Daß die weltlichen Herrscher die Menschheit mit trügerischen Friedenshoffnungen versuchen irrezuführen, das haben wir mittlerweile verstanden, doch wenn der Stellvertreter Christi auf Erden, der den Frieden seines Herrn und Meisters Jesus Christus zu verkünden hat, als Hirte seine Schafe nicht auf das Reich Gottes lenkt, sondern auf eine weltliche Institution, bleibt nichts als eine unendliche Verlassenheit. Die Schlußworte des **Papstes** sind geradezu beunruhigend:

"Das ist ja das Schönste an der Organisation der Vereinten Nationen: ihr echt menschi-

ches Antlitz. Dies ist das Ideal, das auf der Pilgerschaft durch die Zeiten von der Menschheit erträumt wurde. Dies ist die größte Hoffnung der Welt! Wir wagen zu sagen: das ist der Widerschein des Planes Gottes: ein alles übersteigender Plan voller Liebe für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf Erden, ein Widerschein, in dem die himmlische evangelische Botschaft irdisch wird."

Am Ende seiner Rede setzte der Papst noch deutlichere Akzente: "Was Sie von dieser Stelle aus verkündigen, das sind die Grundrechte und die Grundpflichten des Menschen, seine Würde und seine Freiheit, vor allen die Religionsfreiheit. Sie sind die Interpreten dessen - Wir spüren das - was höchster Gehalt menschlicher Weisheit ist, wir möchten es nennen: ihr heiliger Charakter."

Dieser Kult an den Menschen und das unverhohlene Eintreten für den Weltstaat ist die größte Ehre, die von kirchlicher Seite je an die UNO gerichtet wurde. Wer will es folglich dem "Philosophen der UNO" und langjährigen Vize-Generalsekretär Robert Muller verargen, wenn er die UNO als "modernes Bibelinstitut" verherrlicht und sich sogar dazu versteigt, die Vereinten Nationen als "Leib Christi" zu bezeichnen.

In der Fronleichnams-Predigt **am 17. Juni 1965 befürwortete Papst Paul VI. den Weltstaat** in einer zu diesem Fest kaum passenden Weise: "Man möchte den Weltstaat und die neue, ideale Gesellschaft bauen. Wie vielseitig die Menschheit bei der Errichtung des ungeheuren Gebäudes engagiert ist und welche bedeutenden Fortschritte man dabei macht, ist Uns durchaus bekannt. Sie sind es wert, bewundert und unterstützt zu werden."

Auch sein Hymnus anlässlich der Mondlandung im Juli 1969 ist für einen Papst recht ungewöhnlich und befremdlich: "Ehre dem Menschen, Ehre dem Denken, Ehre dem Wissen, Ehre der Technik, Ehre dem Wirken, Ehre der menschlichen Kühnheit! Ehre der Synthese der wissenschaftlichen Aktivität und der Organisationskraft des Menschen, der im Unterschied zu den übrigen Lebewesen, durch seinen Geist und seine manuelle Geschicklichkeit Instrumente zur Eroberung der Welt herzustellen weiß. Ehre dem Menschen, dem König der Erde und heute Fürsten des Himmels. Ehre dem lebenden Wesen, das wir sind, in dem sich das Bild Gottes spiegelt und das, im Beherrschen aller Dinge, dem biblischen Auftrag gehorcht: Mehret euch und herrschet."

Die Mondlandung war ein rein profanes Unternehmen, es ist nicht bekannt, daß die Astronauten als wahrnehmbares Zeichen christlichen Bekennens ein Kreuz am Ort ihrer "Eroberung" aufgerichtet hätten.

In seiner Enzyklika CARITAS IN VERITATE weist **Papst Benedikt XVI.** mit Bezug auf Papst Johannes XXIII. ebenfalls auf eine Weltautorität hin:

"Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, sowie Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten politischen **Weltautorität**, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem seligen Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde, dringend nötig."

Wenn die höchste Obrigkeit der katholischen Kirche in kaum verschlüsselten Worten sich zur "Weltautorität" bekennt, ist anzunehmen, daß die Herrschaft über die Welt durch die Globalisierer schon weit gediehen ist. Das würde beinhalten, daß alle überkommenen kulturellen und religiösen Werte, Sitten und Gebräuche in Vergessenheit geraten sollen.

Die Endlösung der Globalisierer

Wie sehr bedroht die Gesamtheit der Völker schon ist, erfahren wir aus den Büchern des amerikanischen Militärstrategen, Vordenkers und Planers der Neuen Weltordnung, **Thomas P. M. Barnett** (*1962 in Chilton, Wisconsin). Er ist davon überzeugt, daß Amerika dazu berufen

sei, der Welt globale Spielregeln für die neue Weltwirtschaftsordnung vorzulegen.

Von der Firma Cantor Fitzgerald wurde er Anfang 2000 beauftragt, ein Forschungsprojekt mit Namen "New Rule Sets Project" (Projekt Neue Spielregeln) über globale Militärstrategien zu leiten. Das Büro der Arbeitsgruppe befand sich im 107. Stockwerk des New Yorker World Trade Center. **Zur Zeit der Anschläge von 9/11 hatte das Team gerade einen freien Tag** und Thomas Barnett konnte kurze Zeit später als Berater für Strategiefragen im Büro von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Pentagon seine Arbeit aufnehmen.

Es scheint **Thomas Barnett** vorbehalten zu sein, uns die Pläne der Globalisierer im Detail vorzulegen. **2005 schon beschrieb er** ihre Absicht, eine "**Gleichschaltung aller Länder der Erde, und zwar durch die Vermischung der Rassen**" ins Auge zu fassen. Jährlich sollen in Europa 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Dabei ist es niemandem erlaubt - weder Regierungen noch Institutionen - die Flüchtlingsströme zu behindern. Landesgrenzen sollen eingeebnet, die Rassen vermischt, nationale Werte und Gebräuche, sowie traditionelle Religionen abgeschafft werden.

Das Endziel soll eine hellbraune Rasse ergeben mit einem durchschnittlichen IQ von 90 sein, zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug um zu arbeiten. Sollte sich Widerstand regen, dann müsse ein neuer 11. September inszeniert werden. Barnett selbst möchte eine Globalisierung, die sowohl multikulturell als auch multirassisch sein soll. Aber das wünschen die Erbauer der Neuen Weltordnung gerade nicht, sie arbeiten an einer kompletten Durchmischung und damit an der Vernichtung der Kulturen und der Rassen. Darauf hin angesprochen, antwortete **Barnett: "Sollte man Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, so fordere ich: "We shall kill them" (wir werden sie töten). ..."**

In ähnlichen Worten beschrieb der englische Schriftsteller **H.G. Wells** den Plan der Globalisierer: **Zahlreiche Menschen werden die NWO hassen und beim Versuch, gegen sie zu protestieren, werden sie sterben.**

Hier wird eines deutlich: Das Konzept der Neuen Weltordnung wird nicht ohne Einsatz von Terror erreicht werden können. Während die Angriffe der Globalisierer sich auf unsere Freiheit richten, werden wir, die Verteidiger unserer christlichen Werte und unserer Freiheit als "gewalttätige Extremisten" bezeichnet.

Die apokalyptische Konstruktion einer Neuen Weltordnung kann nur gelingen, wenn eine Vereinheitlichung der Denkweisen erreicht werden kann. Ein materialistisches Weltbild, verkörpert durch die neue Ideologie **Gender Mainstreaming, ist dafür die ideale Strategie.**

Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität und des christlichen Wertefundaments von Europäern. Wir sollen zu Fremden im "eigenen Haus" werden. Die weiße Farbe soll verschwinden, auch dies ist kein Geheimnis mehr, wir müssen es nur langsam begreifen lernen. Was wir zur Zeit erleben, ist der Abschied von einer Jahrhunderte alten Kultur, Abschied von einer christlichen Denk- und Lebensweise. Das Deutschland, das wir einst gekannt haben, wird es bald nicht mehr geben. Politiker reden schon heute von Neubürgern.

Es sieht nicht so aus, als ob die Bundesregierung sich groß anstrengend würde, "Schaden vom deutschen Volks abzuhalten", wie es der Text der Eidesformel verfügt. Jene, die sich um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat - zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden - sorgen und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt des "Rassismus", der "Islamophobie" oder prinzipiell der "Xenophobie" - Fremdenfeindlichkeit.

Gender Mainstreaming - Steigbügelhalter der Neuen Weltordnung

Unter dem Stichwort "**Enteignung der kulturellen Identität**" zählt der Begriff **Gender Mainstreaming**, eine Ideologie ist dabei, das Wertefundament unserer Gesellschaft aufzulösen.

Die offizielle Definition von **Gender Mainstreaming** spricht von der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Doch dies ist eine gezielte **Begriffsverwirrung**. Dahinter steckt eine Ideologie, die fundamental in unseren Alltag eingreift und vor allem die Familie, Männer, Frauen und Kinder **umerziehen und bevormunden will**. Für die politische Strategie fordert die **Neue Weltordnung** Menschen, die sich ihrer Identität nicht mehr bewußt sind und somit beeinflussbar für Manipulation und Umverteilungspolitik - von der verordneten Sprachregelung bis zur planwirtschaftlichen Frauenquote.

Gender bedeutet ein gewandeltes Verständnis von Geschlecht, d.h., genitale Unterschiede zwischen den Geschlechtern seien nicht naturgegeben, sondern ein "Produkt soziokultureller Konstruktionen", d.h. das Ergebnis sozialer und politischer Umstände, getrennt vom biologischen Geschlecht. **Die Tatsache, daß der Mensch von Gott als Mann und als Frau geschaffen wurde, ist nicht mehr von Belang**, jede sexuelle Orientierung - heterosexuell, homosexuell, lesbisch, bisexuell, transsexuell ist - gleichwertig und auch beliebig wählbar. Es geht hier also um die **Gleichstellung aller sexuellen Lebensformen** und nicht um die Gleichstellung von Mann und Frau.

Gender Mainstreaming strebt eine **totale Veränderung der Geschlechter** und somit der Gesellschaft, vor allem der familiären Strukturen an, und zwar aus dem einen Grund, der Jugend die geschlechtliche Orientierung zu nehmen. Menschen, die nicht wissen, wer sie sind, werden orientierungslos und sind der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Manipulation zu werden.

Den ideologischen Ursprung von Gender finden wir im Marxismus. Die Abschaffung der bürgerlichen Familie beschäftigte schon Marx und Engels. Sowohl der Mann als auch die Frau sollen in den Arbeitsprozeß einbezogen, die Kinder jedoch dem Staat übergeben werden, zur Erleichterung der Frau, die dem Joch des Mutter- und Hausfrauendaseins entledigt wird. Und wie viele Frauen sind darauf hereingefallen.

Den vorläufigen Höhepunkt in der gegenwärtigen Diskussion um Gender Mainstreaming ist "The Queen of Austria" und "Ikone Europas", Conchita Wurst. Die bärtige Sängerin ist seit Monaten das wichtigste Propagandainstrument von Gender. So ist es für die Genderologen selbstverständlich, die Diva mit Vollbart auch in den Schulen zu präsentieren. Ein Schulleiter meint: Der Besuch Conchitas sei Anlaß, um herauszufinden, wie die Jugendlichen über Mann und Frau denken. Es soll ihnen verständlich gemacht werden, daß man nicht unbedingt die Werte der traditionellen Familie übernehmen müsse.

Die Medien haben es nicht nehmen lassen, diese androgyne Gestalt neben den uns bekannten Herz-Jesu-Bildern zu plazieren.

Die Journalistin Dale O'Leary (*1941) hat in ihrem Buch "**The Gender-Agenda**" fünf Leitsätze des Genderismus definiert, wie sie **im UN-Establishment verankert** sind:

1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männer und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.
2. Da mehr sexuelle Vergnügen zu mehr Kindern führen können, braucht es den freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.
3. In der Welt braucht es einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt, es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.
4. Die Welt braucht eine 50/50-Männer/Frauen-Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbstätigkeit nachgehen.
5. Religionen, die diese Agenda nicht mitmachen, müssen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Dale O'Leary war Teilnehmerin an der **Peking Konferenz 1995, wo der Begriff "Gender"**

offiziell eingeführt wurde. In ihrem Buch "Die Gender-Agenda" schreibt sie: "Über das, was Gender will, gibt es keine offene Diskussion. Sie kommt nicht als großes Schiff daher, obwohl sie doch in allen politischen und öffentlichen Programmen verankert werden soll, sondern wie ein U-Boot, das keiner genau kennen soll."

Das war im Jahre 1997. In der Zwischenzeit wurde **Gender Mainstreaming** klammheimlich, **ohne Bürgerbefragung und ohne Debatte**, weder im Parlament noch in den Medien, 1999 zur "Gleichstellungspolitik mittels der politischen Strategie des Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe" festgelegt.

Wir haben es hier also mit einer offiziellen politischen Zielsetzung zu tun, die administrativ und auf dem Weg des Gesetzes sowohl durch **ein Zusammenwirken von UNO- als auch EU-Organisationen** in der Gesellschaft bereits durchgedrückt wurde. Es handelt sich um eine sogenannte top-down-Ideologie, die nicht von der Bevölkerung, sondern von den Machteliten der Welt ausgeht, und die mit den Mitteln der Gesetze der Bevölkerung aufgezwungen wird.

Die folgenden Ausführungen verdeutlichen, wie die **Veränderung bzw. Zerstörung der Gesellschaft gerade im Bereich der Ehe und Familie von langer Hand vorbereitet** wurde. Der erste Generaldirektor der WHO von 1948 bis 1953, Dr. Brock Chisholm, legte anfangs der 1950er Jahre mit großer Offenheit das Konzept vor. Er war der Meinung, Glaubenskodizes, feste Regeln und Dogmen gehören abgeschafft. Eltern waren für ihn Diktatoren, die die bessere Natur ihrer Kinder unterdrückten, und er glaubte, die Kinder müßten von religiösen und kulturellen Vorurteilen, die ihnen aufgezwungen würden, befreit werden. Er befürwortete Sexualerziehung von einem frühen Alter an und lehrte, daß die Gebräuche der Älteren ausgemerzt werden sollten, wenn nötig mit Gewalt. Die Geschlechter sollen ineinander verschmelzen oder umgepolt, Kinder von ihren Familien befreit und die Familie, so wie wir sie kennen, abgeschafft werden."

Dieser Generalangriff gegen Ehe und Familie wurde bereits in großem Stil umgesetzt. Die **Trennung der Kinder von den Eltern in einem frühen Alter** wird als unabdingbar erklärt und mit der aggressiven Forderung nach Kitas diktiert: "**Alle Kinder müssen in die Kita**", tönte es von der Ministerpräsidentin von NRW Hannelore Kraft. Nun hören wir von sexuellen Übergriffen in einer Kita in Mainz. "Kita in Mainz geschlossen wegen sexueller Übergriffe von Kindern an Kinder. Das Personal entlassen", lauteten die Schlagzeilen quer durch die Medien.

Aus einem Bericht des SWR geht hervor, daß es bei den Übergriffen um Vorfälle handelt, bei denen Kinder unter Androhung von Gewalt durch andere Kinder genötigt worden sein sollen, ihre Geschlechtsteile zu zeigen oder Gegenstände in den Anus einzuführen. Es ist kaum vorstellbar, daß das Personal diese Übergriffe nicht bemerkt haben soll.

Die Elternvertreter sind fassungslos, warum eigentlich?

Haben sie sich nie näher mit den Vorgängen und Plänen der Kitas beschäftigt?

Werden sie erst aufwachen, wenn sie eines Tages erkennen, daß ihre Kinder sich ihnen entfremdet haben und sie nicht mehr als Eltern anerkennen? Asoziale und vereinsamte Wesen sind in der Neuen Weltordnung willkommen, weil beherrsch- und manipulierbar.

Die Sexualisierung der Jugend ist ganz im Sinne Lenins, dem folgendes Zitat zugeschrieben wird: "**Wenn wir eine Nation vernichten wollen, so müssen wir erst ihre Moral vernichten.** Dann wird uns diese Nation als reife Frucht in den Schoß fallen. Interessiert die Jugend für Sex und ihr bekommt sie ohne Schwierigkeiten in eure Gewalt".

Um die "Vernichtung der Nation" zu erreichen, muß das Denken bis in die Wurzeln umgewandelt werden. Das stärkste Zerstörungspotential, das diese Forderungen erfüllt und Gesellschaft und Familie damit auszulöschen droht, ist **Gender Mainstreaming**. Dem italienischen Philosophen marxistischer Prägung und Mitbegründer der kommunistischen Partei Italiens, **Antonio Gramsci** (1891-1937) war klar, daß im Westen die Revolution am beste-

henden bürgerlichen Wertekanon scheitern wird, daher setzte er auf **Untergrabung und Zerstörung jener Werte, die eine bürgerliche Kultur aufrechterhalten: das Christentum.**

Die Arbeiter seien für die notwendig revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht zu gewinnen, wenn sie weiterhin an ihrem katholischen Glauben festhielten. Dieser müsse ihnen ausgetrieben werden. - Seit Jahrzehnten erleben wir, wie diese rote Ideologie in die Gesellschaft hineingetragen wird.

Kein Platz für Christus und Seine Botschaft

So langsam dringt mit erschreckender Klarheit in unser Bewußtsein, daß in unserer Gesellschaft für die christliche Botschaft kein Platz mehr ist. Die Europäische Union hat sich am 18. Juni 2004 auf eine Verfassung ohne Gottesbezug geeinigt. **Valéry Giscard d'Estaing**, der Vorsitzende des EU-Konvents zur Zukunft Europas 2004, erklärte, daß die **EU-Verfassung nicht der richtige Ort sei für einen religiösen Hinweis.** So einigte man sich auf eine allgemeine Andeutung auf die religiösen und kulturellen Traditionen Europas, um Millionen Nicht- und Andersgläubigen nicht den Eindruck zu vermitteln, ausgeschlossen zu werden.

Scharfe Worte gegen die Religion fand **Hillary Clinton**, die im April 2015 angekündigt hat, sich nach 2008 zum zweiten Mal um die Präsidentschaft der USA bewerben zu wollen. **Auf einer Konferenz über Feminismus** im Lincoln Center in Manhattan **versprach sie** unter tosendem Applaus im Falle ihrer Wahl eine Politik zugunsten der **Anerkennung der Abtreibung als Frauenrecht.**

Gleichzeitig kritisierte sie eine "Diskriminierung" der Frauen und der Homosexuellen durch Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit. Religiöse Überzeugungen würden die Rechte der Homosexuellen (LSBTTIQ) einschränken. Ausdrücklich nannte sie bei ihrer Kritik auch den Widerstand der katholischen Kirche gegen die Gesundheitsreform der Regierung Obama, die eine für katholische Institutionen nicht akzeptierbare Verordnung zur Finanzierung von Verhütung und Abtreibung einführte.

Ebenso rechtfertigte die Ex-First Lady die staatliche Finanzierung von Planned Parenthood, welche die weltweit größte Abtreibungsorganisation der USA repräsentiert. Der Abtreibungskonzern erhält von der US-Regierung jährlich über eine halbe Milliarde Dollar und weitere 35 Millionen Dollar zahlt die Regierung Obama an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, damit weltweit für Abtreibung und Sterilisierung geworben werden kann. Der Plan für eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums wurde von den Erbauern der Neuen Weltordnung noch nicht aufgegeben.

Die globale Elite wünscht, die Weltbevölkerung auf 500 Millionen zu begrenzen. Also ca. 90 % weniger Menschen auf der Erde als zurzeit darauf leben. Daher ist es nicht weiter erstaunlich, daß **Hillary Clinton** in ihrer Rede auch die "sexuelle und reproduktive Gesundheit" verteidigte. Ein Euphemismus, hinter dem sich das Recht auf Abtreibung, Verhütung, künstliche Befruchtung in allen Varianten und die Gender-Ideologie versteckt.

Der Gipfel ihrer Auslassungen war die Forderung, der Staat solle sein Gewaltmonopol einsetzen, um unerwünschte religiöse Überzeugungen und Dogmen zu ändern. Damit ruft Hillary Clinton **nach dem Zwangsstaat**, der als "Zwingherr zum Glück" auftreten soll. "Tiefverwurzelte kulturelle Codes, religiöse Überzeugungen und strukturelle Phobien haben sich zu ändern. Die Regierungen müssen ihre Möglichkeiten zum Zwang nützen, um die überlieferten religiösen Dogmen neu zu definieren."

Bill Donohue, der Vorsitzenden der Catholic League, kritisierte diese "Kriegserklärung gegen die Religion" eines Kandidaten für das amerikanische Präsidentenamt mit aller Schärfe. Das sei der "wahrscheinlich aufrichtigste progressive Slogan in der Geschichte", so Ed Morrissey von HotAir.com. Die Anspielung, daß eine Nation, die auf der Säule der Religionsfreiheit gründet, die Machtmittel des Staates dazu einsetzen soll, die religiösen Überzeugungen zu ändern, sei eine nie dagewesene Erklärung.

Es stellt sich die Frage, in wie weit die Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei für das Weiße Haus sich überhaupt berühren läßt von den weithin bekanntgewordenen Massakern und Vertreibungen, die seit Jahren an Christen begangen werden. In ca. 60 islamischen, hinduistischen, buddhistischen und kommunistischen Ländern findet eine Christenverfolgung statt, die alles bisher menschlich Bekannte und Vorstellbare übertrifft.

"Christian Solidarity International" (CSI) geht davon aus, daß weltweit über 175.000 Christen jedes Jahr wegen ihrer Religion ermordet oder zu Tode gefoltert werden. Die Brutalität, mit der vor allem in muslimischen Staaten gegen Christen vorgegangen wird, zeigt neue Dimension menschlicher Abgründe.

Da die westliche Welt sich offensichtlich nur halbherzig dieser Welle der Gewalt entgegenstellt, hat sich nun die irakische Regisseurin und schiitische Muslima, Aida Schläpfer Al Hassan, dieses Leidens angenommen. "Ich will mit meinem Film einen weiteren drohenden Völkermord an diesen Menschen verhindern", sagt sie und war **schockiert über die Barbarei, die an Christen begangen wird**. In einem Kurzfilm von etwa zwei Minuten mit dem Titel "**Noun**" (das arabische Wort für **Nazarener**, mit dem Buchstaben N wurden im Irak die Haustüren der Christen markiert) widmet sie sich der Christenverfolgung durch den Terror des Islamischen Staats (IS) im Irak.

Der Film wurde für das Internationale Film-Festival in Locarno 2015 nominiert, doch zunächst aus "Qualitätsgründen" abgelehnt. Auf Druck der Öffentlichkeit mußte er aber schließlich doch noch gezeigt werden.

Früher, so berichtet **Aida Schläpfer Al Hassan**, habe man sich im Irak keine Gedanken gemacht, ob der Nachbar Sunnit, Schiit, Kurde oder Christ sei. Doch mit der Invasion der Amerikaner in den Irak, dem Bürgerkrieg und der ausufernden Gewalt des IS sei das gegenseitige Mißtrauen mittlerweile groß.

Diskriminierung der Christen

Was in der öffentlichen Debatte totgeschwiegen wird, ist die Tatsache, daß über 85 % der sogenannten "hate crimes" gegen Christen gerichtet sind. Darunter fallen durch das von der EU verabschiedete und in den nationalen Verfassungen verankerte sogenannte "Diskriminierungsverbot wegen sexueller Orientierung" (das höher bewertet wird als die persönliche Gewissensentscheidung) auch berufliche Einschränkungen und Diskriminierungen bis zu einem Ausmaß, daß in bestimmten Fällen die Existenzgrundlage von Menschen zerstört wird, wie z.B. in England, wo Klöster ihre Gasthäuser schließen mußten, weil sie gezwungen gewesen wären, auch an unverheiratete und homosexuelle Paare zu vermieten.

Ebenso mußten katholische Adoptionsvermittlungen ihre Einrichtungen schließen. Sie hätten Kinder auch an homosexuelle Paare vermitteln müssen.

Ein christlicher Standesbeamter, der aus religiöser Überzeugung sich nicht in der Lage sieht, ein homosexuelles Paar zu trauen, wird seine Stelle verlieren, wenn er den Vorgaben nicht Folge leistet. Ebenso werden Berufe wie Standesbeamter, Arzt, Krankenschwester und Hebamme oder Apotheker für Christen nicht mehr ausübbar sein, und Lehrer und Eltern geraten in Schwierigkeiten, wenn sie mit der staatlich festgelegten Sexualmoral nicht einverstanden sind.

Das **Antidiskriminierungs-Gesetz** führt zur absonderlichen Situation, daß ein katholischer Eventplaner auch für Homosexuelle Verpartnerungs-Feiern organisieren müßte, oder ein katholisches Bildungshaus sich nicht weigern könnte, die Tagung einer Abtreibungs-Organisation in ihren Räumen zu ermöglichen. Fraglich wäre ebenso, ob ein Pfarrer gezwungen wäre, den Pfarrsaal für die Planung einer Love-Parade etc. zur Verfügung zu stellen.

Aber auch im nicht-kirchlichen Bereich schafft das Gesetz absurde Möglichkeiten: Jüdische Einrichtungen wären gezwungen, antisemitisch orientierten Gruppen ihre Räume zu überlassen. Überlebende des kommunistischen Terrors müßten ihre Wohnung an ein kommunisti-

sches Paar vermieten, und wie würde wohl die Antwort eines islamisches Reisebüros lauten, das aufgefordert wird, Christen nach Mekka mitzunehmen?

Anlässlich der Sacra Liturgia Konferenz in New York City im Juni 2015 faßt Bischof Frank Caggiano von Bridgeport im Rahmen seiner Homilie (Rede) die Not der Zeit zusammen: die Welt von heute wünscht, daß die Katholiken verschwinden. "Wir werden leiden." Gleichzeitig forderte er die Katholiken jedoch dringend auf standzuhalten. Dazu bedarf es jedoch der Standhaftigkeit des heute so angefochtenen Glaubens.

Die Weltregierung des Weltenherrschers

Es gibt jedoch eine Weltordnung, auf die wir unseren Blick richten, um die wir uns sogar bemühen und sie innig erhoffen und erleben müssen: die eine Weltregierung des Pantokrator Jesus Christus. In den Berichten über die Zeit nach seiner Auferstehung unmittelbar vor seiner Himmelfahrt lesen wir von der Aussendung der Zwölf an alle Menschen bis an die Enden der Erde. Ihm, Jesus, ward alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden.

Darum hatte er auch die Macht die Jünger zu senden, um seine Botschaft zu allen "Völkern und Könige" zu tragen: "Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe." (Matthäus 28, 18-20).

Dies ist Seine Bitte, wenn nicht gar Seine Forderung, die er jedoch mit einer Verheißung verbunden hat: "**Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt**" (Matthäus 28,20).

Ungezählte sind diesem Ruf Christi gefolgt, **Alexander Solschenizyn** war einer von ihnen. In einer seiner Reden nach seiner Ausbürgerung 1974 sprach er über die entsetzlichen Ereignisse, die über Rußland gekommen waren und auf entsprechende Fragen antwortete er: "Nachdem ich jahrelang über das sowjetische System mit seinen Millionen Menschenopfern nachgeforscht habe, kann ich nichts Genaueres sagen als: **Die Menschen haben Gott vergessen, deswegen konnte das alles passieren!**"

Es scheint tatsächlich so zu sein, als ob Gott Seine Hand von den Völkern weggezogen hätte, denn die Welt hat Jesus Christus aus dem Blickfeld verloren. Wir haben unsere Augen, wie Petrus von IHM abgewandt, deshalb sinken wir.

Niemand wird daran zweifeln, daß wir in einem nie gekannten Maß, Gott vergessen haben. Die allgemeine Apostasie, die Gleichgültigkeit in Glaubensfragen, nicht nur der Gläubigen, sondern auch der Hirten, ist apokalyptisch. Können wir es zulassen, daß unsere Kinder ihr Leben auf einem geistigen Trümmerfeld aufbauen?

Von offizieller Seite, vom Staat, von all den vielen Institutionen, die vorgeben, sich um Kinder, Ehe und Familie zu kümmern, ist kaum Hilfe zur Stärkung familiärer Strukturen zu erhalten, so viel haben wir verstanden. Nur wenigen Vertreter der Kirche ist Ehe und Familie noch ein drängendes Anliegen. Wer verkündet noch, daß die Liebe zwischen Mann und Frau ein Abbild der unaufkündbaren Liebe Gottes zu den Menschen ist. Wer hat noch ein Ohr dafür? Diese Sprache wird nicht mehr von allen verstanden. Doch sie muß wieder gelehrt und gelernt werden, wollen wir die zeitlos gültigen Werte wie Leben, Güte, Liebe, Treue wieder in unsere Gesellschaft bringen.

Die Einhaltung der so verlachten sittlichen Ordnung gerade im Bereich der Sexualität schützt vor psychischen und auch materiellen Schäden. Als Gott den Mann und die Frau erschuf, hat er keine wertunterschiedlichen Individuen hervorgebracht, sondern den Menschen, und zwar als Mann und als Frau, mit seiner jeweils spezifischen Sexualität.

Sie ist eine Erscheinungsweise des Menschen, die seine ganze Persönlichkeit durchdringt, ihn bis in sein Innerstes prägt. Daher ist Sexualität nicht lediglich etwas rein Körperliches, sondern berührt gleichermaßen die geistigen und psychischen Ebenen des Menschen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht zu erfahren, daß Liebe nicht ein sich technisch vollziehender

sexueller Akt ist, wie dies in der schulischen Sexualerziehung vermittelt wird, sondern eine Bindungskraft, die sich langsam und stetig über Jahre hinweg entwickeln und festigen kann, und daß nur mit dieser Erkenntnis und mit diesem Wissen und unter diesen Voraussetzungen wahre Persönlichkeiten sich entfalten können, die der weltlichen Macht der Neuen Weltordnung die göttliche Kraft und Liebe Christi entgegensetzen.<<



Abb. 88 (x315/160): Francois Mitterrand und Helmut Kohl (rechts) reichen sich am 22. September 1984 über den Gräbern von Verdun die Hand.

Helmut Kohl (1930-2017, deutscher CDU-Politiker, 1969-1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, 1973-1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1976-2002 Mitglied des Bundestages, 1982-1998 Bundeskanzler, setzte sich 1989/90 für die zügige Verwirklichung der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein: lehnte während der deutsch-sowjetischen Verhandlungen im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte die französische Forderung, die deutsche DM-Währung abzuschaffen, erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, 1999/2000 Mittelpunkt einer Finanz- und Parteispendenaffäre, im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt).

Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) starrsinnig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die angestrebte Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Der

Maastrichter Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.

Bundeskanzler Kohl lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte eifrig alle Forderungen des französischen Ministerpräsidenten Mitterrand (Einführung des Euros, Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund etc.).

Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterrand bildeten später den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU. Im Verlauf der Privatisierung von mitteldeutschen Staatsunternehmen verdichteten sich seit 1999 die Hinweise, daß Bundeskanzler Kohl u.a. dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen gewährt hätte. Der französische Ministerpräsident Mitterrand soll demnach persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede war von 30 Millionen Mark CDU-Wahlkampfhilfe "für Europa".

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 25. Mai 2014) über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<